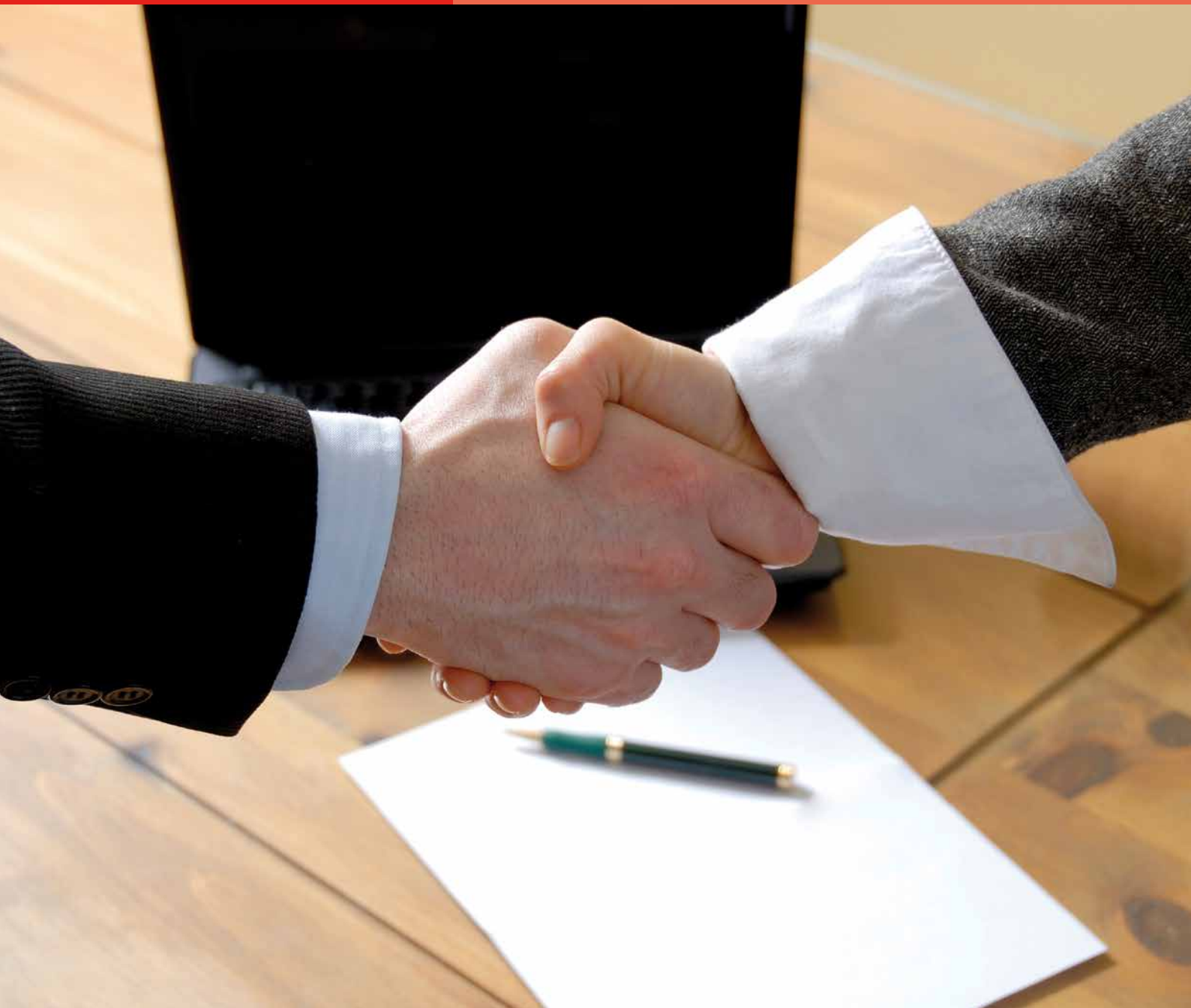




# Sachverständige im Handwerk

Kompetente Partner in gerichtlichen und  
außergerichtlichen Fällen



# Vorwort

Sie haben die Absicht, als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für den Wirtschaftsbereich Handwerk und damit als kompetenter Partner in gerichtlichen und außergerichtlichen Fällen tätig zu werden? Oder möchten Sie sich „lediglich“ einen Überblick verschaffen, welche Leistungen Sie als Verbraucher, als Kunde von einem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen des Handwerks erwarten dürfen?

Wie auch immer: In dieser Broschüre geben wir Ihnen die Informationen, die Ihnen helfen, sich schnell mit dieser Materie, mit wesentlichen Fragen rund um dieses anspruchsvolle öffentliche Amt vertraut zu machen.

Als Körperschaften des öffentlichen Rechts obliegt den Handwerkskammern, in Zusammenarbeit mit den Innungen und Fachverbänden, Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsbereich Handwerk als Sachverständige zu gewinnen und diese öffentlich zu bestellen und zu vereidigen. Zuvor müssen sich die Kandidaten allerdings auf überdurchschnittliche Fachkenntnisse, auf die Fähigkeit, Gutachten zu erstellen, sowie prinzipiell auf persönliche Eignung prüfen lassen.

Die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen des Handwerks tragen nämlich sehr viel Verantwortung. Aus diesem Grund legen die Sachverständigenordnungen der Handwerkskammern hohe Maßstäbe an Übernahme und Ausübung einer Tätigkeit als Sachverständiger an. Um ein möglichst hohes fachliches Niveau sicherzustellen, gilt eine öffentliche Bestellung nur befristet. Ein Widerruf ist möglich, wenn der Sachverständige seinen Pflichten nicht nachkommt. Zu diesen gehören insbesondere, Gutachten ordnungsgemäß, objektiv und neutral zu erstatten sowie sich jederzeit fachlich weiterzubilden.

Weitergehende Fragen zum Thema beantworten Ihnen die Fachleute in den Rechtsabteilungen der Handwerkskammern jederzeit gerne.

## Dank

Wir danken der Handwerkskammer Dresden, dem Westdeutschen Handwerkskammertag und der Landesgewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks e. V. für das Recht zur Übernahme der Texte aus ihrer Broschüre „Das handwerkliche Sachverständigenwesen“.

## Vorbemerkungen zum Sprachgebrauch

Die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen durch die jeweils maskuline Form dieser Broschüre bringt die verfassungsrechtliche gebotene Gleichstellung von Mann und Frau sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf die Verwendung von Doppelformen für weibliche und männliche Sachverständige wird jedoch verzichtet, um die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen in dieser Broschüre verwendeten Bezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

## Haftungsausschluss

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität der enthaltenen Daten und Informationen in dieser Sachverständigenbroschüre wird keine Haftung übernommen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung der Inhalte der Sachverständigenbroschüre einer eigenen Prüfung erfordert. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Rechtsprechung und laufenden Änderungen von Gesetzen und Verordnungen.

# Inhalt

## Sachverständige im Handwerk

- 5 „Aushängeschild“ für die Leistungsfähigkeit im Handwerk
- 6 **Rechtsgrundlage der öffentlichen Bestellung und Vereidigung**
- 6 Inhalt und Umfang der Bestellungs Vorschrift
- 7 Die Sachverständigenordnung
- 9 **Anforderungen an öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige**
- 12 Pflicht zur Erstattung von Gutachten
- 12 **Pflichten öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger**
- 13 Ablehnung von Gutachteraufträgen
- 14 Unparteiische Aufgabenerfüllung
- 14 Schweigepflicht – Auskunftspflicht
- 15 Fortbildungspflicht
- 15 Bekanntmachung/Werbung
- 15 Sachverständigenverzeichnisse
- 16 Gerichtsgutachten
- 16 **Vom Auftrag zum Gutachten**
- 17 Besonderheiten des Privatgutachtens
- 19 Vergleichsbereitschaft der Parteien
- 20 Anleitung des Sachverständigen durch das Gericht
- 20 **Zusammenarbeit des Sachverständigen mit dem Gericht**
- 21 Pflichten des Sachverständigen
- 21 Das selbstständige Beweisverfahren
- 22 Generelle Anforderungen an das Gutachten
- 22 Aufbau und Inhalt des Gutachtens
- 22 **Form und Inhalt des Gutachtens**
- 25 **Schiedsgutachter und Schiedsrichter**
- 26 Vergütung bei Gerichtsgutachten
- 26 **Die Sachverständigenvergütung**
- 27 Wegfall oder Beschränkung des Vergütungsanspruchs
- 27 Vergütung bei Privatgutachten
- 28 Honorargruppen und Stundensätze
- 30 Haftung des Gerichtsgutachters
- 30 **Haftung des Sachverständigen**
- 31 Haftung des Privatgutachters
- 32 **Anlagen**
- 32 Checkliste „29 Schritte zum optimalen Gerichtsgutachten“
- 34 Muster: Vertrag für die Erstattung eines Privatgutachtens
- 35 Muster: Schiedsgutachten-Vereinbarung
- 36 Muster: Schiedsgutachter-Vertrag
- 39 Ansprechpartner



# Sachverständige im Handwerk

„Aufgabe der Handwerkskammer ist insbesondere, ... Sachverständige zur Erstattung von Gutachten über Waren, Leistungen und Preise von Handwerkern zu bestellen und zu vereidigen.“ So heißt es in § 91 Abs. 1 Nr. 8 des „Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung)“, abgekürzt HwO. Damit hat der Staat den Handwerkskammern eine Aufgabe übertragen, die aus der rechtsstaatlichen Ordnung nicht mehr wegzudenken ist.



## „Aushängeschild“ für die Leistungsfähigkeit im Handwerk

Der von den Handwerkskammern öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige unterstützt im Rahmen von Gerichtsverfahren den Richter, ein fachlich richtiges Urteil zu sprechen. Der Sachverständige vermittelt also dem Gericht das für die Entscheidungsfindung notwendige Fachwissen. Im Wesentlichen wird der Sachverständige vom Gericht per Beweisbeschluss mit der Frage konfrontiert, ob der behauptete Mangel vorliegt und – wenn ja – worauf er zurückzuführen ist. Erläutert werden soll zudem, wie und mit welchen Kosten der Mangel beseitigt werden kann.

Möglich ist aber auch, einen Sachverständigen außergerichtlich als Privatgutachter heranzuziehen. Es geht dann etwa darum, Mängel bzw. Schäden aus handwerklichen Werkleistungen zu begutachten oder eine Handwerkerrechnung zu prüfen. Damit besteht die Chance, ein mit Sicherheit höhere Kosten verursachendes Gerichtsver-

fahren zu vermeiden und – guten Willen vorausgesetzt – zu einer Problemlösung zu kommen, die den Interessen der beteiligten Seiten dienlich ist.

Unterm Strich ist der Sachverständige das „Aushängeschild“ für die Leistungsfähigkeit des Handwerkszweiges, für das er zum Sachverständigen öffentlich bestellt ist. Wichtige Auswahlkriterien sind fachliches Können und Integrität – nicht nur für das persönliche Ansehen, sondern auch für das Image des Wirtschaftsbereichs Handwerk insgesamt.

Zugleich sollen Auftraggeber für Sachverständigenleistungen darauf vertrauen können, dass die Handwerkskammern als Selbstverwaltungseinrichtungen nach eigens festgelegten Kriterien nur Personen zu Sachverständigen bestellen, die dieser Aufgabe in vollem Umfang gerecht werden.

# Rechtsgrundlage der öffentlichen Bestellung und Vereidigung

Die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit von Sachverständigen im Handwerk findet sich – wie erwähnt – im § 91 Abs. 1 Nr. 8 der HwO. Ergänzend hierzu bestimmt § 106 Abs. 1 Nr. 12 HwO: „Der Beschlussfassung der Vollversammlung bleibt vorbehalten ... der Erlass der Vorschriften über die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen.“

## Inhalt und Umfang der Bestimmungsvorschrift

### Waren, Leistungen und Preise von Handwerkern

§ 91 Abs. 1 Nr. 8 HwO besagt, dass eine Handwerkskammer nicht generell zur Vereidigung von Sachverständigen ermächtigt ist, sondern nur von Sachverständigen, die sich zu Waren, Leistungen, Preisen, Kosten- und Sanierungsvorschlägen von Handwerkern äußern sollen. Mit anderen Worten: Die öffentliche Bestellung und Vereidigung durch eine Handwerkskammer bezieht sich ausschließlich auf den Wirtschaftsbereich Handwerk. Bestellt werden Sachverständige für

- die 41 zulassungspflichtigen Handwerke, die in der Anlage A zur Handwerksordnung zusammengefasst sind,
- für die 53 zulassungsfreien Handwerke der Anlage B1 zur Handwerksordnung sowie
- für die 57 handwerksähnlichen Gewerbe, die in der Anlage B2 zur Handwerksordnung aufgeführt sind.

Ausgeschlossen sind damit Begutachtungen von Handelswerten, z. B. die Bewertung von Grundstücken, Gebäuden, Schmuck oder Kraftfahrzeugen, sofern die Wertfeststellung nicht in Zusammenhang mit einer erbrachten handwerklichen Leistung (z. B. einer Reparatur) steht. Diese Regelung gilt, obwohl handwerkliche Sachverständige durchaus auch für derartige Bewertungen sachkundig sein können.

Sollte ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger aufgefordert werden, auch solche reine Wertgutachten zu erstatten, darf er dies nicht unter Berufung

auf seine öffentliche Bestellung und Vereidigung durch die Handwerkskammer und auch nicht unter Verwendung des ihm von der Handwerkskammer ausgehändigten Sachverständigenrundstempels tun. In solchen Fällen muss er das Gericht bzw. den privaten Auftraggeber darauf hinweisen, dass er für diese Aufgabe nicht zum Sachverständigen öffentlich bestellt und vereidigt ist. Soll er z. B. auf ausdrücklichen Wunsch des Gerichts dennoch den Gutachtenauftrag ausführen, so kann er dies als „Sachverständiger“, also unter Verzicht auf den Hinweis auf die öffentliche Bestellung und Vereidigung, machen.

### Begutachtung industriell hergestellter Produkte

Neben Waren und Produkten, die man handwerklich herstellen kann, fallen unter den Begriff „Waren“ im Rahmen der Begutachtung konkreter Werkleistungen auch industriell hergestellte Produkte, die im Rahmen handwerklicher Werkleistungen eingebaut bzw. verarbeitet worden sind. Dies sind solche Produkte, mit denen der Sachverständige des Handwerks aufgrund seiner beruflichen Erfahrungen vertraut ist und die er deshalb tatsächlich sicher beurteilen kann.

Wie bei allen Gutachtenaufträgen hat der Sachverständige des Handwerks insbesondere bei industriell hergestellten Produkten stets selbstkritisch zu prüfen, ob er tatsächlich kompetent ist, die ihm gestellten Fachfragen unter Berücksichtigung der industriellen Produktionsform umfassend und richtig zu beantworten. Vor Augen halten sollte sich der Sachverständige, dass er schwerpunktmäßig für die Begutachtung handwerklicher Werkleistungen zuständig ist.

Die Begutachtung komplizierter Maschinen und Apparaturen oder die Untersuchung schwieriger chemischer Reaktionen moderner Werkstoffe sollten Sachverständigen aus dem wissenschaftlich-industriellen Bereich oder einem Prüfinstitut, z. B. einem Materialprüfungsamt, überlassen werden. Und zwar auch dann, wenn im Einzelfall ein Zusammenhang mit einer vorangegangenen handwerklichen Werkleistung besteht.

#### **Zur Bezeichnung „Sachverständiger“**

Die Bezeichnungen „Gutachter“ bzw. „Sachverständiger“ sind gesetzlich nicht geschützt. Das bedeutet aber nicht, dass sich jeder als Sachverständiger bezeichnen darf. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) München muss derjenige, der als Sachverständiger in der Öffentlichkeit auftritt, über professionelle, durch eine abgeschlossene Berufsausbildung nachgewiesene Kenntnisse auf seinem Fachgebiet verfügen. Ansonsten kann er nach dem Gesetz zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs wegen Irreführung in Anspruch genommen werden.

Der Bundesgerichtshof (BGH) stimmte der Grundaussage des OLG München zu. Im konkreten Fall war der BGH allerdings der Auffassung, „dass das Allgemeininteresse, vor falschen Sachverständigen geschützt zu werden, nicht zwingend ein uneingeschränktes Verbot der Bezeichnung ›Sachverständiger‹ fordere, wenn der Betroffene ausnahmsweise ohne Abschluss einen vergleichbaren Kenntnis- und Erfahrungsstand erlangt habe ...“ Demnach kann also auch ein Autodidakt unter bestimmten Umständen zum Sachverständigen „heranreifen“.

Die Bezeichnung „öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger“ genießt strafrechtlichen Schutz nach § 132a Strafgesetzbuch (Amtsanmaßung) gegen etwaigen Missbrauch und damit einen mittelbaren Schutz. Einen direkten Titelschutz gibt es jedoch nicht.

#### **„Öffentlich bestellt und vereidigt“**

Die Formulierung „öffentlich bestellt und vereidigt“

besagt, dass sich ein solcher Sachverständiger einem Ausleseverfahren der ihn bestellenden Körperschaft des öffentlichen Rechts unterzogen hat. Die öffentliche Bestellung bietet Gewähr dafür, dass es sich beim Sachverständigen um einen Fachmann mit erheblich über dem Durchschnitt liegenden Fachkenntnissen und Fertigkeiten auf seinem Fachgebiet handelt – einen Fachmann, der auf absolute Objektivität und Neutralität vereidigt ist.

Wer also einen Sachverständigen beauftragen will, sollte zuallererst prüfen, ob es sich um einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen handelt. Das Gleiche gilt, wenn man ein Gutachten in die Hand bekommt. Auch hier sollte man sich vergewissern, ob sich der Gutachter durch seinen Rundstempel als öffentlich bestellt und vereidigt ausweist. Prüfen kann man dies auch, indem man sich von dem Betreffenden den Sachverständigenausweis vorlegen lässt.

## **Die Sachverständigenordnung**

Die Handwerksordnung ermächtigt Handwerkskammern,

- Sachverständige zu bestellen und zu vereidigen sowie
- Vorschriften hierüber in einer Sachverständigenordnung zu erlassen.

Diese Vorschriften haben den Charakter öffentlich-rechtlicher Satzungen, die nach § 106 Abs. 2 HwO der Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium des jeweiligen Bundeslandes bedürfen und im amtlichen Mitteilungsblatt der Handwerkskammer zu veröffentlichen sind.

Jeder Sachverständige muss mit der Vereidigung seine Bereitschaft erklären, die von der Vollversammlung der Handwerkskammer beschlossene Sachverständigenordnung (SVO) zu beachten. Das Gleiche gilt für die Richtlinien zur Interpretation (Auslegungs- und Anwendungsregeln) der SVO der Handwerkskammer.





# Anforderungen an öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige

Anspruch auf öffentliche Bestellung und Vereidigung hat nur, wer die Voraussetzungen laut Sachverständigenordnung – insbesondere die persönliche Eignung und den Nachweis besonderer Sachkunde – erfüllt. Folgende Anforderungen werden im Einzelnen an einen handwerklichen Sachverständigen gestellt.

Der handwerkliche Sachverständige muss nach der SVO in der Handwerksrolle, im Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerke oder dem Verzeichnis der handwerksähnlichen Gewerbe der Handwerkskammer eingetragen sein. Damit wird gewährleistet, dass der Sachverständige aus eigener betrieblicher Anschauung die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen seines Fachgebietes umfassend beherrscht, mit der aktuellen Preisentwicklung vertraut ist und – ganz allgemein – die wirtschaftlichen Verhältnisse seines Handwerkszweiges kennt. Zudem soll sichergestellt werden, dass allgemeinverständliche, praxisnahe Gutachten erwartet werden können.

Der Sachverständige kann seine Tätigkeit nur erfolgreich ausüben, wenn er kraft seiner Persönlichkeit von den betroffenen Kreisen akzeptiert wird. Erfahrungsgemäß ist dies erst dann der Fall, wenn er über ein gewisses Maß an Lebens- und Berufserfahrung verfügt. Unerlässlich ist es daher, dass der Bewerber aus seinem bisherigen Werdegang und insbesondere aus der Summe seiner praktischen Tätigkeiten in seinem Handwerk einen Erfahrungsschatz gewonnen hat, der ihn in die Lage versetzt, die vielfältigen fachlichen Fragestellungen, die die Gutachtertätigkeit prägen, zu erfüllen. In der Verwaltungshandhabung hat sich die Faustformel von fünf Jahren Praxiserfahrung bewährt, die ein Bewerber mitbringen sollte.

## **Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige muss die persönliche Eignung für diese Tätigkeit besitzen.**

Von dem Betreffenden wird erwartet, dass er sich schriftlich und mündlich so auszudrücken vermag, dass sämtliche Äußerungen vom Auftraggeber – Richter oder Privatmann – verstanden und wesentliche Teile des Gut-

achtens gedanklich nachvollzogen werden können.

Persönliche Eignung setzt ebenso Zuverlässigkeit voraus. Es dürfen keine Vorstrafen vorliegen, die in einem Zusammenhang mit der Tätigkeit als Sachverständiger oder mit der Ausübung seines Berufes stehen. Die persönliche Eignung eines Bewerbers für die Sachverständigentätigkeit wird von der jeweiligen Handwerkskammer überprüft.

## **Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige muss besonders sachkundig sein.**

Der Sachverständige muss in dem Handwerk, für das er als Sachverständiger tätig ist, über erheblich über dem Durchschnitt liegenden Fachkenntnisse und Fertigkeiten verfügen. Eine Meisterprüfung mit guten Noten allein genügt nicht. Um die besondere Sachkunde ermitteln zu können, arbeitet die Handwerkskammer vor der öffentlichen Bestellung eng mit den jeweiligen Innungen bzw. Fachverbänden zusammen. Laut Sachverständigenordnung kann die Kammer vom Bewerber zum Nachweis der besonderen Sachkunde verlangen, auf eigene Kosten an Schulungsveranstaltungen teilzunehmen bzw. sich auf eigene Kosten einer Überprüfung durch ein Fachgremium der Fachverbandsorganisation zu stellen. Die Handwerkskammer kann zudem Stellungnahmen von Dritten einholen und weitere Erkenntnisquellen verwenden.

Um den hohen Stand der fachlichen Qualifikation zu erhalten, haben sich öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige auf ihrem Fachgebiet regelmäßig fortzubilden. Gravierende Verstöße können zum Widerruf bzw. zur Nichtverlängerung der zeitlich befristeten Bestellung führen.

**Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige muss über die zur Ausübung seiner Gutachtertätigkeit erforderlichen Einrichtungen verfügen.**

Wie Erfahrungen zeigen, können Gutachteraufträge auf zahlreichen Fachgebieten ohne besondere technische Vorrichtungen und Hilfsmittel (z. B. Messgeräte) nicht fachlich und sachlich korrekt erfüllt werden. Der Sachverständige muss daher über alle Instrumente eines modern eingerichteten Betriebes des jeweiligen Handwerkszweiges verfügen.

Besonders teure Prüfgeräte braucht der Sachverständige aber nicht selbst vorzuhalten. Hier genügt es, wenn er diese bei Bedarf mietet. Mietkosten zählen zu den Aufwendungen des Gutachtens, die erstattet werden. Ebenso kann sich der Sachverständige zwecks technischer Unterstützung mit Einverständnis seines Auftraggebers an einschlägige Institutionen (z. B. ein Materialprüfungsamt) wenden.

**Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige muss in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben.**

Vom Sachverständigen wird im Interesse einer unparteiischen und unabhängigen Arbeit erwartet, dass er selbst in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt. Eine öffentliche Bestellung ist daher nicht möglich, wenn der Betreffende eine Vermögensauskunft für sich oder einen Dritten gem. § 802c ZPO abgegeben hat bzw. wenn er persönlich bzw. für einen Dritten in das Schuldnerverzeichnis nach § 882b ZPO eingetragen ist. Gleiches gilt, wenn über das Vermögen eines Bewerbers ein Insolvenzverfahren beantragt, eröffnet bzw. mangels Masse abgelehnt wurde. Diese Bedingungen gelten genauso für Gesellschaften, deren Geschäftsführer oder Gesellschafter eine öffentliche Bestellung anstreben.

Werden derartige Sachverhalte erst im Nachhinein bekannt, wird die Bestellung widerrufen.



**Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige muss Gewähr für Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie für die Einhaltung seiner Verpflichtungen bieten.**

Jeder Sachverständige muss sich darüber im Klaren sein: An seine Redlichkeit und Objektivität werden besonders hohe Anforderungen gestellt. Daher muss jeder Experte von vornherein ausschließen, dass der Wert von ihm erstatteter Gutachten nicht durch den Vorwurf gemindert werden kann, es würden damit eigene wirtschaftliche und/oder sonstige berufliche Interessen verfolgt. Das gilt besonders bei Privatgutachten, zumal die Auftraggeber hier oft eine Bestätigung ihrer Ansicht durch den Sachverständigen erwarten.

Zu beachten ist ebenso, dass die sich streitenden Parteien dem handwerklichen Sachverständigen häufig Misstrauen entgegenbringen. Ein Handwerksmeister sieht in ihm möglicherweise einen Mitbewerber, der seine Arbeit einer kritischen Betrachtung unterziehen muss. Der „einfache Verbraucher“, für den ein Handwerker eine

Arbeit ausgeführt hat, hegt dagegen vielleicht Argwohn gegenüber dem Sachverständigen und sieht in ihm nur den Berufskollegen seines Auftragnehmers.

Konsequent ist deshalb alles zu vermeiden, was Anlass zu Misstrauen geben könnte. So sieht z. B. die SVO vor, dass der Sachverständige die Bekanntmachung seiner Bestellung und die Werbung für seine Sachverständigentätigkeit strikt von seiner gewerblichen Betätigung zu trennen hat. Darüber hinaus darf der Sachverständige z. B. keine von ihm begutachteten Gegenstände aufkaufen bzw. von ihm festgestellte Mängel selbst beheben. Ausnahmen hiervon sind nur in begründeten Einzelfällen – nach Ablauf einer entsprechenden Frist und nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Handwerkskammer – zulässig.

# Pflichten öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger

Mit seiner öffentlichen Bestellung und Vereidigung übernimmt der Sachverständige Pflichten und Aufgaben, die sich aus der Sachverständigenordnung sowie aus weiteren gesetzlichen Bestimmungen, etwa den Sachverständigenbeweismvorschriften in der Zivilprozessordnung sowie der Strafprozessordnung, ergeben. Dazu gehören u. a. die unparteiische Erfüllung der Aufgaben, die Schweige- und die Auskunftspflicht.

## Pflicht zur Erstattung von Gutachten

### Auftrag vom Gericht

Die Pflicht, ein Gutachten zu erstatten, ergibt sich für den Sachverständigen aus der SVO, weiterhin aus den §§ 402 ff. ZPO (Beweis durch Sachverständige) und §§ 72 ff. StPO (Sachverständige und Augenschein).

Danach ist ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger grundsätzlich verpflichtet, im Rahmen seines Sachgebietes (des so genannten Vereidigungsterns) Gutachten zu erstatten. Für die Arbeit als gerichtlicher Gutachter ist dies z. B. für Zivilprozesse, in denen der handwerkliche Gutachter überwiegend tätig wird, in § 407 ZPO festgelegt. Der Sachverständige hat danach dem gerichtlichen Auftrag zu folgen, wenn er für das betreffende Sachgebiet öffentlich bestellt ist.

Im Rahmen der „öffentlichen Bestellung“ – feierlich beteuert durch den Eid bzw. gleichgestellt die Bekräftigung – verpflichtet sich der Sachverständige, für Gerichte und private Auftraggeber als Gutachter im jeweiligen Sachgebiet tätig zu werden. Ausnahmen, die einen Sachverständigen berechtigen, Gutachten zu verweigern, sind gesetzlich geregelt. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Sachverständige zudem bitten, von Aufträgen befreit zu werden (siehe 4.2).

### Auftrag von Privat

Grundsätzlich besteht für Sachverständige nach der SVO aufgrund des Eides bzw. der Bekräftigung die Pflicht, Gutachten auch für Verwaltungsbehörden, Versicherungen, Anwälte oder Privatpersonen zu erstellen. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. Zum einen kann der Sachverständige Gründe wie bei der Ablehnung eines Auftrages vom Gericht anführen. Zum anderen kann ein Privatauftrag abgelehnt werden, wenn es mit dem Auftraggeber zu keiner Einigung über die entsprechenden Modalitäten – insbesondere über die Vergütung – kommt. Bei Privatgutachten gilt Werkvertragsrecht.

Die Handwerkskammern stellen den von ihnen bestellten und vereidigten Sachverständigen Formulare für Privatgutachterverträge zur Verfügung, in denen der Auftrag konkret zu benennen und die Vergütung zu vereinbaren sind. Darüber hinaus ist Sachverständigen zu empfehlen, bei Privataufträgen – wie auch bei Gutachteraufträgen für Gericht – Kostenvorschüsse zu vereinbaren.

Sieht sich ein Sachverständiger außerstande, einen privaten Gutachtenauftrag zu übernehmen, hat er dies in jedem Fall unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen.

## Ablehnung von Gutachteraufträgen

### Recht zur Gutachtenverweigerung

Ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger kann ein Gutachten nur aus Gründen verweigern, die auch einen Zeugen berechtigen, das Zeugnis oder die Auskunft im Gerichtsverfahren zu verweigern. Geregelt ist dies in § 408 in Verbindung mit §§ 383 ff. ZPO bzw. in § 76 in Verbindung mit §§ 52 ff. StPO. Danach können unter anderem folgende Personen das Zeugnis aus persönlichen Gründen verweigern:

- der Verlobte einer Partei,
- der Ehegatte einer Partei, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht,
- diejenigen, die mit einer Partei in gerader Linie verwandt oder verschwägert, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert sind oder waren,
- Personen, denen kraft Amtes, Standes oder Gewerbes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch ihre Natur oder durch gesetzliche Vorschriften geboten ist, in Bezug auf die Tatsachen, auf die sich die Verpflichtung zur Verschwiegenheit bezieht.

### Befreiung vom Gutachtenauftrag bei Befangenheit

Darüber hinaus sollte sich der Sachverständige von Gutachterpflichten befreien lassen, wenn er sich befangen fühlt. Befangenheit wird dabei in Anlehnung an § 42 Abs. 2 ZPO und § 24 Abs. 2 StPO definiert. Folgende vier Beispiele für Befangenheit eines Sachverständigen sind in der Praxis besonders häufig:

- freundschaftliche oder enge geschäftliche Beziehungen zu dem Auftraggeber oder einer der Prozessparteien,
- eine Tätigkeit in derselben Angelegenheit für einen anderen Auftraggeber,
- ein ständiges Dienstverhältnis zum Auftraggeber oder zu einer der Prozessparteien sowie
- eine persönliche oder wirtschaftliche Abhängigkeit vom Auftraggeber oder von einer der Prozessparteien.

### Wichtig zu wissen

Für die Ablehnung eines Sachverständigen durch eine Prozesspartei genügt allein schon eine gerechtfertigte Besorgnis der Befangenheit. Auf eine tatsächliche Befangenheit kommt es nicht an. Befürchtet der Sachverständige, in einer Sache befangen zu sein, sollte er davon unbedingt dem Gericht Kenntnis geben und noch vor Aufnahme der Gutachtertätigkeit das Gericht entscheiden lassen, ob er den Auftrag trotzdem übernehmen soll.

### Weitere Gründe für die Befreiung von einer Gutachtertätigkeit

Darüber hinaus kann der Sachverständige in folgenden Fällen darum bitten, vom Gutachterauftrag befreit zu werden:

- Der Auftrag betrifft nicht die Begutachtung handwerklicher Waren und Leistungen bzw. die Nachprüfung von Handwerkerpreisen. Der Auftrag liegt also außerhalb des allgemeinen Vereidigungsrahmens.
- Die Beweisfrage liegt dem wesentlichen Inhalt nach nicht im speziellen Vereidigungsgebiet des Sachverständigen, d.h. in dem Handwerksberuf, für den er zum Sachverständigen bestellt ist.
- Die Beweisfrage fällt zwar in das Vereidigungsgebiet des Sachverständigen, gehört aber zu einem Spezialgebiet, auf dem der Sachverständige keine Erfahrung besitzt. Zwar erfordert die Entscheidung über diese Frage eine gewissenhafte Prüfung; es ist aber auf jeden Fall besser, diesen Umstand offen zu bekennen, als ein unsachgemäßes und möglicherweise fehlerhaftes Gutachten zu erstellen.
- Der Sachverständige bearbeitet bereits so viele Gutachten, dass er neue Aufträge nur mit unangemessen großer Verzögerung erfüllen könnte.
- Das Gleiche gilt, wenn die gesamte Arbeitskraft des Sachverständigen aus gewichtigen Gründen seinem Betrieb zur Verfügung stehen muss. Allerdings muss dieser Fall die besondere Ausnahme bleiben. (Im Regelfall sind betriebliche Aufgaben kein Grund zur Ablehnung eines Gutachtenauftrages, da sich ja der Sachverständige im vollen Bewusstsein hat vereidigen lassen, dass er dieses Amt neben den betriebli-

chen Aufgaben wahrzunehmen hat.)

- Auch bei voraussehbar längerer Krankheit oder einem fest gebuchten Urlaub sollte ein Gutachtenauftrag zurückgegeben werden, um das Verfahren nicht unangemessen zu verzögern.

In allen derartigen Fällen ist es unbedingt erforderlich, den Auftrag (zusammen mit den Gerichtsakten) mit der entsprechenden Begründung an das Gericht zurückzugeben. Zugleich sollte dem Gericht – wenn möglich – ein geeigneter und auch zur Gutachtenanfertigung bereiter Sachverständiger benannt werden.

## Unparteiische Aufgabenerfüllung

Gutachten unparteiisch und absolut unabhängig von den Interessen seines Auftraggebers zu erstatten gehört zu den Hauptpflichten eines Experten. Aufgrund der öffentlichen Bestellung und Vereidigung genießt der Sachverständige in der Gesellschaft besonderes Vertrauen. Gutachten sollen zudem prinzipiell auch für jene objektiv aussagekräftig sein, die damit konfrontiert werden, ohne selbst Auftraggeber zu sein.

Grundsätzlich untersagt ist dem Sachverständigen, Weisungen zu berücksichtigen, die das Ergebnis der Untersuchung und die hierfür maßgebenden Feststellungen verfälschen könnten. Unbenommen bleiben muss ihm, alle von ihm im Zuge mit der/den Beweisfrage(n) gefundenen Ergebnisse zu verwerten. Er darf im Gutachten nur von den Tatsachen und Voraussetzungen ausgehen, die er selbst festgestellt hat bzw. die mit eigenen Feststellungen übereinstimmen.

Der Sachverständige darf keine Vereinbarungen treffen, die eine unparteiische oder unabhängige Urteilsfindung beeinträchtigen können. Verboten ist es dem Sachverständigen insbesondere, vertragliche Beziehungen mit beteiligten Parteien einzugehen, nachdem ihm ein Gutachtenauftrag in deren Angelegenheit erteilt worden ist.

Er darf sich oder Dritten für seine Sachverständigentätigkeit – außer der gesetzlichen bzw. angemessenen Vergütung – keine Vorteile versprechen oder gewähren lassen. Dies gilt vor allem auch für Aufträge, die sich im Anschluss an seine Gutachtertätigkeit ergeben könnten. Grundsätzlich verwehrt ist dem Sachverständigen,

den Verkauf oder den Ankauf von ihm begutachteter Gegenstände zu vermitteln. Dieses Verbot gilt nur dann nicht, wenn es keinen Zusammenhang zwischen Begutachtung und Vermittlung oder Ankauf gibt. Ein solcher Zusammenhang ist in der Regel dann nicht anzunehmen, wenn eine Begutachtung längere Zeit zurückliegt bzw. der betroffene Gegenstand allgemein zum Kauf angeboten oder versteigert wird.

Der Sachverständige darf Mängel, die er an einem von ihm begutachteten Objekt festgestellt hat, nicht selbst beseitigen. Eine Ausnahme ist z. B. dann möglich, wenn außer ihm kein anderer Fachmann für eine Mängelbeseitigung in Frage kommt. In jedem Fall ist die vorherige Zustimmung der Handwerkskammer einzuholen.

Der Sachverständige darf kein Gutachten für mehrere Auftraggeber in derselben Sache erstatten – es sei denn, die Parteien vereinbaren dies mit dem Sachverständigen, z. B. bei einem Schiedsgutachten.

## Schweigepflicht – Auskunftspflicht

Jedem Sachverständigen ist untersagt, Kenntnisse, die er bei seiner Tätigkeit erlangt hat, Dritten mitzuteilen oder zum Schaden anderer bzw. zu seinem oder zum Nutzen anderer unbefugt zu verwerten.

Der Sachverständige hat dafür zu sorgen, dass auch seine Hilfs- und Schreibkräfte diese Pflicht zur Verschwiegenheit beachten. Sie erstreckt sich im Übrigen auch auf die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Amt.

Allerdings bedeutet Schweigepflicht gegenüber Dritten nicht, dass der Sachverständige seiner Gutachtertätigkeit ohne jegliche Kontrolle nachgeht. Vielmehr legen die Sachverständigenvorschriften eindeutig eine Aufzeichnungs- und Auskunftspflicht gegenüber der Handwerkskammer fest. So ist der Sachverständige verpflichtet, jedes von ihm angeforderte Gutachten schriftlich zu dokumentieren. Aus diesen Nachweisen müssen der Auftraggeber, der Gegenstand des Auftrages und die Daten der Auftrags erledigung hervorgehen.

Darüber hinaus muss der Sachverständige auf Verlangen der Handwerkskammer mündlich oder schriftlich Auskunft über seine Gutachtertätigkeit geben. Auf diese

Weise kann sich die Handwerkskammer regelmäßig davon überzeugen, wie der Sachverständige seinen Gutachterpflichten nachkommt.

Die Auskunftspflicht des Sachverständigen gegenüber der Handwerkskammer dient also der Sicherheit der Öffentlichkeit. Sie verletzt dabei nicht die Schweigepflicht des Sachverständigen gegenüber Dritten. Schließlich unterliegen auch die Handwerkskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts und deren Mitarbeiter einer Schweigepflicht über alle dienstlich zur Kenntnis erlangten Informationen.

## Fortbildungspflicht

Die Sachverständigenordnung der Handwerkskammer verpflichtet Sachverständige ausdrücklich, sich auf dem Sachgebiet, für das sie öffentlich bestellt und vereidigt sind, regelmäßig fortzubilden. In Frage kommen dafür Weiterbildungen im allgemeinen Sachverständigenwissen, z. B. durch Teilnahme an den Sachverständigentagen der Handwerkskammern und den Seminaren des Institutes für Sachverständigenwesen, aber auch an Lehrgängen und Seminaren der Fachverbände zur fachlichen Fortbildung. Wer als Sachverständiger dieser Pflicht nicht nachkommt, muss damit rechnen, dass die erneute Bestellung von geeigneten Fortbildungsmaßnahmen abhängig gemacht wird.

## Bekanntmachung/Werbung

Der Sachverständige darf seine öffentliche Bestellung in Tageszeitungen, Fachzeitschriften, Branchenbüchern, Adressbüchern und anderen Medien in „angemessener Weise“ bekannt geben. Dies ist immer dann der Fall, wenn sich die Informationen lediglich auf Namen, Adresse, Sachgebietsbezeichnung, öffentliche Bestellung und bestellende Körperschaft beschränken.

Prinzipiell hat der Sachverständige in punkto Eigenwerbung das Wettbewerbsrecht – vor allem die §§ 1 und 3 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – zu beachten. Zugleich müssen Form und Inhalt der Aussagen dem Ansehen, der Funktion und der besonderen Verantwortung eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen Rechnung tragen. Zulässig ist danach eine Werbung, die objektiv über das Leistungs-

angebot des Sachverständigen informiert. Auf Aussagen, die nach Aufmachung und Inhalt aufdringlich oder reißerisch wirken könnten, sollte verzichtet werden.

Generell ist zu beachten: Der Sachverständige des Handwerks muss seine Tätigkeit als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger von seiner sonstigen beruflichen oder gewerblichen Betätigung trennen. In Anzeigen, auf Briefbögen, Visitenkarten und in allen anderen Werbeaussagen, die sich auf seine sonstige berufliche oder gewerbliche Betätigung beziehen, darf der Sachverständige daher nicht parallel auf seine öffentliche Bestellung hinweisen.

## Sachverständigenverzeichnisse

Die Handwerkskammern führen Verzeichnisse über die von ihnen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen. Diese tagaktuell geführten Übersichten, nach Sachgebieten geordnet, können auf den Internetseiten der jeweiligen Handwerkskammer eingesehen und dort auch ausgedruckt werden.

Darüber hinaus sind im Internet Sachverständigenverzeichnisse unter [www.svd-handwerk.de](http://www.svd-handwerk.de) verfügbar. Diese benutzerfreundliche Internet-Datenbank ermöglicht es, über eine Stichworteingabe einen geeigneten Sachverständigen vor Ort zu finden.

Auch die Internetauftritte des Instituts für Sachverständigenwesen unter [www.ifsforum.de](http://www.ifsforum.de) oder von Schloss Raesfeld e. V. unter [www.akademie-des-handwerks.de](http://www.akademie-des-handwerks.de) halten eine Vielzahl von Informationen zur Sachverständigentätigkeit sowie Links zu Handwerkskammern, Verbänden und Organisationen bereit.

# Vom Auftrag zum Gutachten

Die Erstellung eines Gutachtens folgt in der Regel einem bestimmten Ablauf notwendiger Schritte. Welche dies sind, ist davon abhängig, ob das Gutachten im Auftrag eines Gerichts oder für einen privaten Auftraggeber erarbeitet wird. Wichtig sind in jedem Fall die klare und eindeutige Bezeichnung des Auftragsgegenstands, die Festlegung der Vergütung sowie die gewissenhafte Untersuchung des Sachverhalts.

## Gerichtsgutachten

### Beweisbeschluss

Ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger wird beauftragt, im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ein Gutachten zu erstatten. In der Praxis bekommt er dann zusammen mit einem kurzen Anschreiben die Gerichtsakte mit der Bitte, ein Gutachten gemäß Beweisbeschluss, Blatt ... der Akten, zu erstellen. An diesen Beweisbeschluss des Gerichts und die darin gestellten Fragen hat sich der Sachverständige strikt zu halten.

Da der Richter in handwerklich-fachlicher Hinsicht Laie sein kann, ist es für ihn zuweilen nicht leicht, eine sachkundige und zielführende Frage zu formulieren. Soweit erforderlich, soll das Gericht den Sachverständigen vor Abfassung der Beweisfrage hören, ihn in seine Aufgabe einweisen und ihm auf Verlangen den Auftrag erläutern.

Das Gericht hat also die Pflicht, von vornherein für eindeutige Fachfragen im Beweisbeschluss zu sorgen. Ist es dieser Aufgabe nicht nachgekommen bzw. ist sich der Sachverständige über den Inhalt des Beweisbeschlusses unsicher, sollte er sich umgehend vom zuständigen Richter den Gutachtenauftrag erläutern lassen.

### Aktenstudium

Hinweise auf Inhalt und Richtigkeit des Beweisbeschlusses gibt dem Sachverständigen das Aktenstudium. Ihm muss er sich ohnehin unterziehen – um den bisherigen Prozessablauf einschätzen zu können und auch in Vorbereitung auf das Gutachten.

Zusätzlich wichtig ist ein Blick auf den vom Gericht veranschlagten Kostenvorschuss. Wenn dieser nach

Auffassung des Sachverständigen nicht ausreicht, um die absehbaren Gutachtenkosten zu decken, muss der Sachverständige das Gericht sofort darüber informieren (§ 407a Abs. 3 ZPO) und dessen Entscheidung abwarten.

### Ortstermin

Hat sich der Sachverständige über die Akten in den Fall eingearbeitet, wird er zumeist nicht umhin kommen, das streitige Objekt in Augenschein zu nehmen. Dazu dient der so genannte Ortstermin. Dabei hat der Sachverständige besonders auf ein neutrales und unparteiisches Verhalten Wert zu legen. Sofern vom Gericht nicht ausdrücklich anderes angeordnet (vgl. §§ 404a und 407a ZPO), gelten die folgenden Ausführungen bezüglich einer Beteiligung beider Prozessparteien.

Den Ortstermin setzt der Sachverständige mit einer ausreichenden Frist fest. Über diesen Termin hat er beide Prozessparteien – werden sie von Anwälten vertreten, unbedingt auch diese – rechtzeitig zu unterrichten und ihnen die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben. In der Regel genügt für die Bekanntgabe des Ortstermins ein einfacher Brief. Bei größeren Streitwerten empfiehlt es sich, eingeschriebene Briefe mit Rückschein zu nutzen (Beweispflicht über eine ordnungsgemäße Ladung zum Ortstermin). In jedem Fall sollte die Zustellung der Ladung mit der Bitte um Rücksendung einer Empfangsbestätigung erfolgen.

Benötigt der Sachverständige von einer oder von beiden Prozessparteien Unterlagen, die für den Ortstermin bzw. für die spätere Ausarbeitung des Gutachtens von Bedeutung sind, sollte er grundsätzlich das Gericht bitten, diese Schriftstücke für ihn anzufordern. Da bei einem



Prozess stets auf beiden Seiten Misstrauen vorherrscht, sollte der Sachverständige unbedingt vermeiden, mit einer der streitenden Parteien „auf eigene Faust“ Kontakt aufzunehmen – es sei denn, das Gericht bestimmt etwas anderes.

Wurden beide Parteien ordnungsgemäß eingeladen, kann der Ortstermin selbstverständlich auch dann stattfinden, wenn nur eine der Parteien erscheint. Wichtig ist hierbei, im späteren Gutachten eindeutig zu vermerken, dass beide Parteien rechtzeitig eingeladen wurden, letztlich aber nur eine Partei anwesend war.

Beim Ortstermin selbst – wie überhaupt im Umgang mit den Beteiligten – hat sich der Sachverständige absolut unparteiisch zu verhalten. So sollte er vermeiden, schon vorab mit einer der beiden Parteien zusammenzutreffen oder etwa gemeinsam mit einer Partei zum Ortstermin anzureisen. Auf keinen Fall darf der Sachverständige nach offizieller Beendigung des Ortstermins mit einer der beiden Parteien allein weiterverhandeln.

Unparteiisches Verhalten des Sachverständigen schließt ein, während des Ortstermins auf keinen Fall Einschätzungen, Wertungen oder Meinungsäußerungen abzugeben, die eine der streitenden Parteien für sich als „Pluspunkte“ in der gerichtlichen Auseinandersetzung verbuchen könnte. Damit würde er unzulässigerweise in den Prozessverlauf und letztlich in die Entscheidungs- und Urteilsfindung des Gerichts eingreifen.

**Als Faustregel sollte bei Ortsterminen für jeden Sachverständigen gelten: Nur Fragen stellen – keine Fragen beantworten!**

Aufgrund der besonderen Situation bei einem Ortstermin empfiehlt sich für jeden Sachverständigen zudem, zu allen festgestellten Sachverhalten kurze, handschriftliche Aufzeichnungen zu machen. Eine Fotokamera sollte der Sachverständige nicht nur zu Beweis Zwecken so oft wie möglich nutzen, sondern auch, um die schriftlichen Darlegungen und Wertungen im anzufertigenden Gutachten untermauern und veranschaulichen zu können.

Wird dem Sachverständigen eine Ortsbesichtigung verweigert, indem er z. B. in ein Haus oder eine Wohnung keinen Zutritt erhält, hat er auf keinen Fall das Recht, sich mit Gewalt Zutritt zu verschaffen. Er muss das Gericht davon ebenso unterrichten wie über andere besondere Vorkommnisse, etwa über nicht beizulegende Wortgefechte. Kommt es dazu, liegt es im Ermessen des Sachverständigen, den Ortstermin abubrechen. Kann ein Sachverhalt durch einen vom Gericht berufenen Sachverständigen aufgrund von Behinderungen nicht aufgeklärt werden, so geht dies grundsätzlich zu Lasten der Partei, die die Verhinderung verursacht und damit die Beweisführung vereitelt hat. Denn bei Zivilprozessen gilt nicht die Aufklärung des Sachverhalts von Amts wegen, sondern die so genannte Parteimaxime, d.h. der Richter verwertet nur jene Tatsachen und Beweismittel, die ihm von den Parteien zur Verfügung gestellt werden.

In der Regel ist es jedoch so, dass der Sachverständige bei Ortsterminen ungehindert recherchieren kann. Damit kommt er zu den Fakten und Erkenntnissen, die ihm erlauben, ein aussagekräftiges Gutachten zu erstellen. In den meisten Fällen reicht das schriftlich erstattete Gutachten zur Urteilsfindung aus. Möglich ist aber, dass ein Richter den Sachverständigen auffordert, sein Gutachten in der Verhandlung mündlich vorzutragen, zu begründen, zu ergänzen oder zu verteidigen. Daher sollte jeder Sachverständige seine Aufzeichnungen vom Ortstermin aufbewahren, über eine Kopie des Gutachtens verfügen und auf einen eventuellen mündlichen Vortrag mit Zwischenfragen vorbereitet sein.

Grundsätzlich sollte der Sachverständige bei Vorladungen zu mündlichen Verhandlungen aus Vergütungsgründen darauf achten, dass er nicht als Zeuge oder sachverständiger Zeuge, sondern als Sachverständiger gehört wird.

## Besonderheiten des Privatgutachtens

Bei Gutachten für einen privaten Auftraggeber gelten weitgehend die Modalitäten für Gerichtsgutachten. Ersetzt wird lediglich der Beweisbeschluss des Gerichts durch den Auftragsgegenstand seitens des Auftraggebers. Dabei sollte der Sachverständige von vornherein



**GUTACHTEN**

darauf achten, dass der Auftragsgegenstand klar und eindeutig bezeichnet wird. Gegebenenfalls sollte er seinem Auftraggeber bereits bei der Formulierung der Fragestellung helfen, da er sich dadurch möglicherweise unnötige Arbeit und auch Ärger ersparen kann. Zudem ist jedem Privatgutachter zu empfehlen, mit dem Auftraggeber eindeutige Absprachen über die Vergütung zu treffen. Bei größeren Aufträgen sollte sich der Sachverständige einen angemessenen Kostenvorschuss auszahlen lassen, bevor er mit den Vorarbeiten für das Gutachten beginnt.

Ist zwischen Auftraggeber und Sachverständigem ein Vertrag über ein Gutachten zustande gekommen, so wird sich der Sachverständige einen Überblick über die zu begutachtende Sache verschaffen. In den meisten Fällen wird ein Ortstermin ähnlich wie beim Gerichtsgutachten erforderlich sein.

Auch bei einem Ortstermin für ein Privatgutachten sollte der Sachverständige darauf dringen, dass die andere Partei verständigt und eingeladen werden darf und möglichst auch teilnimmt. Er entgeht damit der Gefahr, nur einseitig informiert zu werden und Teilprobleme, die sich möglicherweise aus schriftlichen Unterlagen nicht ergeben, unberücksichtigt zu lassen. Ferner erhöht sich damit die Wahrscheinlichkeit, dass das Privatgutachten in einem eventuell folgenden Gerichtsverfahren vom Gericht anerkannt und gewertet wird.

Allerdings kann es vorkommen, dass der Auftraggeber des Privatgutachtens darauf besteht, dass die Gegenpartei – z. B. ein Handwerker, der eine bemängelte Arbeit ausgeführt hat – weder vom Sachverständigeneinsatz informiert noch zum Ortstermin eingeladen werden soll. Da zwischen dem Auftraggeber und dem Sachverständigen ein zweiseitiges Vertragsverhältnis besteht, muss sich der Sachverständige einer solchen Vorgabe beugen. Zu raten ist ihm in einem derartigen Fall, im schriftlichen Gutachten festzuhalten, dass auf ausdrücklichen Wunsch des Auftraggebers die Gegenpartei nicht zum Ortstermin geladen wurde. Mit einem solchen Hinweis schützt sich der Sachverständige davor, dass ihn die Gegenseite als einseitig informiert bezeichnet und das Gutachten deshalb als parteiisch und voreingenommen ablehnt.

Einen Anspruch auf Aushändigung des schriftlichen Gutachtens hat nur der Auftraggeber. Der Sachverständige

kann seinen Vergütungsanspruch verlieren, wenn er ohne ausdrückliche (schriftliche) Zustimmung seines Auftraggebers das Gutachten auch der Gegenseite zur Kenntnis gibt.

In manchen Fällen erübrigt sich bei Privataufträgen ein schriftliches Gutachten. Häufig möchten sich Privatleute, die eine Arbeit von einem Handwerker haben ausführen lassen, lediglich von einem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen bestätigen lassen, ob und – wenn ja – inwiefern von ihnen erkannte oder vermutete Mängel tatsächlich vorhanden sind. Auf jeden Fall muss sich der Sachverständige aber auch dann Aufzeichnungen über den Auftraggeber, den Zeitpunkt der Besichtigung und seine Feststellungen machen. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch aus einem zunächst einfach erscheinenden Fall ein Rechtsstreit entwickelt, in dessen Verlauf Feststellungen oder Aussagen des Sachverständigen Bedeutung erlangen können.

## Vergleichsbereitschaft der Parteien

Bei einem Ortstermin kann ein Sachverständiger zuweilen aus den Gesprächen der Parteien entnehmen, ob diese gegebenenfalls zu einem Vergleich auf der Basis der Sachverständigen-Feststellungen bereit sind. Das Signal zu einem solchen Schritt sollte der Sachverständige aufgreifen, auch wenn er den Parteien von sich aus in der Regel keine Vergleichsvorschläge unterbreiten sollte. Allerdings ist hierbei zu unterscheiden zwischen einem gerichtlichen und einem privaten Auftrag.

Hat das Gericht dem Sachverständigen einen mit dem Beweisbeschluss genau begrenzten Auftrag erteilt, so beschränkt sich dessen Verpflichtung darauf, diesen Auftrag zu erledigen. Eine Vergleichsbereitschaft der Parteien sollte er dem Gericht mitteilen und mit der Weiterarbeit am Gutachten erst dann fortfahren, wenn er wegen Scheiterns des Vergleichs vom Gericht den Auftrag dazu erhält.

Anders ist die Lage bei privaten Auftraggebern. Hier ist es durchaus möglich, dass der Sachverständige auch einen Vergleich protokolliert und von den Parteien unterschreiben lässt. Die Frage der Kosten beim Einsatz eines Sachverständigen ist neben diesem Vergleich dann gesondert zu regeln.

## Zusammenarbeit des Sachverständigen mit dem Gericht

Die Kooperation des Sachverständigen mit dem Gericht ist in der Zivilprozessordnung (ZPO) geregelt. So enthalten die §§ 404a und 407a zum Sachverständigenbeweis verbindliche Vorgaben, die die Pflichten zur Gewährleistung einer effektiven Zusammenarbeit festlegen. Weitere Paragraphen beziehen sich u. a. auf die Regelung selbstständiger Beweisverfahren.

### Anleitung des Sachverständigen durch das Gericht

Nach § 404a Abs. 1 ZPO hat das Gericht die Tätigkeit des Sachverständigen zu leiten. Es kann ihm für Art und Umfang seiner Tätigkeit Weisungen erteilen. Solche gerichtlichen Anordnungen können für den Umgang des Sachverständigen mit den Prozessparteien besondere Bedeutung erhalten. Dadurch kann manchen Ablehnungsgründen vorgebeugt werden. Anordnungen des Gerichts berühren jedoch nicht die fachliche Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit des Sachverständigen.

Laut § 404a Abs. 2 soll das Gericht den Sachverständigen vor Abfassung der Beweisfrage hören, ihn in seine Aufgaben einweisen und ihm auf Verlangen den Auftrag erläutern. Verhindert werden soll damit, dass die Beweisfrage unvollständig oder gar falsch formuliert wird, der Sachverständige seinen Auftrag missversteht und das Gericht später den Beweisbeschluss noch konkretisieren oder gar ein neues Gutachten einholen muss.

Nach § 404a Abs. 3 hat das Gericht bei Streitigem Sachverhalt zu bestimmen, welche Tatsachen der Sachverständige der Begutachtung zugrunde legen soll. Notfalls muss sich der Sachverständige die unstrittigen Tatsachen benennen lassen, von denen er ausgehen soll.

Soweit erforderlich, bestimmt nach § 404a Abs. 4 das Gericht, in welchem Umfang der Sachverständige zur Aufklärung der Beweisfrage befugt ist, inwieweit er mit den Parteien in Verbindung treten darf und wann er ihnen die Teilnahme an seinen Ermittlungen zu gestatten hat. Der Gesetzgeber will damit verhindern, dass der Sachverständige den Gutachtenauftrag eigenmächtig überschreitet, da dies unnötige Kosten und Prozessverzögerungen verursachen könnte.

§ 404a Abs. 5 besagt, dass Weisungen an den Sachverständigen den Parteien mitzuteilen sind. Findet ein besonderer Termin zur Einweisung des Sachverständigen statt, hat das Gericht den Parteien die Teilnahme zu gestatten. Die Parteien sollen also über die Zusammenarbeit des Gerichts mit dem Sachverständigen ständig informiert sein und Gelegenheit erhalten, zu einem zweckmäßigen Verfahren beizutragen. Zudem soll dem Anschein der Befangenheit des Gerichts oder des Sachverständigen vorgebeugt werden.

Auf all diese Bestimmungen kann und sollte sich ein Sachverständiger berufen, wenn er z. B. einen unklar formulierten Beweisbeschluss erhält und Aufklärung oder Klarstellung vom Gericht benötigt.

## Pflichten des Sachverständigen

Nach § 407a Abs. 1 ZPO hat der Sachverständige unverzüglich zu prüfen, ob der Auftrag in sein Fachgebiet fällt und ohne Einbeziehung weiterer Sachverständiger erledigt werden kann. Ist dies nicht der Fall, hat er das Gericht unverzüglich zu verständigen. Damit soll dem Gericht ermöglicht werden, umgehend einen anderen Sachverständigen einzuschalten, falls der zuerst Angesprochene den Auftrag nicht erfüllen kann.

Nach § 407a Abs. 2 ist der Sachverständige nicht befugt, den Auftrag auf einen anderen zu übertragen. Soweit er sich der Mitarbeit einer weiteren Person bedient, hat er diese namentlich zu benennen und den Umfang der Tätigkeit anzugeben, sofern es sich nicht um einfache Hilfsdienste handelt. In jedem Fall muss der Sachverständige die Verantwortung für das Gutachten behalten.

Hat der Sachverständige Zweifel an Inhalt und Umfang des Auftrags, so hat er dies nach § 407a Abs. 3 unverzüglich vom Gericht klären zu lassen. Sind Gutachtenkosten absehbar, die in keinem Verhältnis zum Wert des Streitgegenstandes stehen oder einen angeforderten Kostenvorschuss erheblich übersteigen, muss der Sachverständige rechtzeitig darauf hinweisen.

§ 407a Abs. 4 verpflichtet den Sachverständigen, auf Verlangen des Gerichts Akten und sonstige für die Begutachtung verwendete Unterlagen unverzüglich herauszugeben sowie seine Untersuchungsergebnisse mitzuteilen. Kommt er dem nicht nach, ordnet das Gericht die Herausgabe an. Diese kann gemäß § 409 ZPO mit Ordnungsmitteln erzwungen und ein Ordnungsgeld festgesetzt werden. Damit soll erreicht werden, dass ein weiterer Sachverständiger die Gutachtentätigkeit ohne Zeitverlust fortsetzen und ggf. bisherige Untersuchungsergebnisse verwerten kann.

Nach § 407a Abs. 5 soll das Gericht schließlich den Sachverständigen auf seine Pflichten hinweisen.

§ 411 Abs. 4 ZPO erlaubt dem Sachverständigen, sein Gutachten nach berechtigten Einwendungen der Parteien im Schriftwege zu ergänzen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass der Sachverständige ggf. nicht erst in der mündlichen Verhandlung mit überraschenden und schwierigen Fragen konfrontiert wird (die möglicherweise eine Unterbrechung bzw. Vertagung der Verhandlung erfordern).

## Das selbstständige Beweisverfahren

Selbstständiges Beweisverfahren – geregelt in den §§ 485ff ZPO – bedeutet, dass im Wesentlichen Teile der Beweiserhebung aus dem Hauptverfahren herausgenommen und in das selbstständige Beweisverfahren verlagert werden. Würde der Streit der Parteien nur von der Entscheidung tatsächlicher Fragen abhängen, könnte dies bereits zu einer die Parteien befriedigenden Klärung und damit eher zu einem Vergleich führen.

Im selbstständigen Beweisverfahren kann eine Partei die Begutachtung durch einen Sachverständigen beantragen, wenn sie ein rechtliches Interesse daran hat, dass der Zustand einer Person, der Zustand oder der Wert einer Sache, die Ursache eines Personen- oder Sachschadens oder Sachmangels und der Aufwand für die Beseitigung solcher Schäden festgestellt wird.

Es ist beim Amtsgericht zu beantragen, in dessen Bezirk sich die zu begutachtende Person oder Sache befindet. Ansonsten kommt das Gericht in Frage, das für die Hauptsache zuständig wäre.



## Form und Inhalt des Gutachtens

Gutachten müssen bestimmten Anforderungen an ihre Form und ihren Inhalt entsprechen. In der Regel sind sie schriftlich vorzulegen, auf Anforderung des Gerichts jedoch in der Verhandlung zusätzlich mündlich zu erläutern. Ihr Inhalt hat sich ausschließlich auf die vom Auftraggeber vorgegebene Aufgabenstellung zu beziehen. Die Darlegungen müssen allgemeinverständlich sein.

### Generelle Anforderungen an das Gutachten

In der Regel hat der Sachverständige sein Gutachten schriftlich zu erstatten – es sei denn, der Auftraggeber verzichtet darauf. Aber auch ein schriftliches Gutachten befreit den Sachverständigen nicht immer von der Pflicht, auf Anforderung des Gerichts die Untersuchungsergebnisse in der mündlichen Verhandlung zu erläutern.

Auch bei diesen Darlegungen hat der Sachverständige ausschließlich auf die Fragestellung seines Auftraggebers Bezug zu nehmen, und zwar allgemeinverständlich. Sollte sich der Gebrauch von Fachausdrücken und Fremdwörtern nicht völlig vermeiden lassen, muss der Sachverständige diese unbedingt erläutern. Dabei versteht sich, dass die Ausführungen eindeutig sein müssen, keine Zweifel an der sachlich richtigen Darstellung zulassen dürfen und den Richter in die Lage versetzen, die Untersuchung und die Ergebnisse des Verfassers logisch nachzuvollziehen.

### Aufbau und Inhalt des Gutachtens

Das Gutachten muss im Interesse aller Beteiligten und entsprechend dem in der Fragestellung strukturierten Beweisbeschluss übersichtlich gegliedert sein. Zudem müssen einige Formvorschriften eingehalten werden:

Auf der ersten Seite des Gutachtens hat sich der Sachverständige zunächst mit Namen, Bestellungsgebiet, Bestellungskörperschaft und vollständiger Adresse auszuweisen. Sodann sind auf der ersten Seite bei Gerichtsgutachten die streitenden Parteien zu bezeichnen und das Aktenzeichen des Gerichts anzugeben. – Bei Privatgutachten genügen Angaben zum Auftraggeber sowie zur Sache selbst.

Bei Gerichtsgutachten sind daran anschließend die Beweisfragen, die beantwortet werden sollen, aus dem Beweisbeschluss des Gerichtes aufzunehmen und zu beantworten.



Bei Privatgutachten sollte der Inhalt des Auftrages, also die dem Sachverständigen vorgelegten Fragen, an den Anfang des Gutachtens gestellt werden.

War ein Ortstermin Bestandteil der Gutachtertätigkeit, muss angegeben werden, wer wann geladen worden ist, wann der Ortstermin stattgefunden und wer daran teilgenommen hat. Zudem sollte knapp der Ablauf des Ortstermins dargestellt werden.

Der Sachverständige sollte festhalten, welche Arbeitsunterlagen ggf. einbezogen wurden, z. B. Berechnungsunterlagen einer Partei, handwerkliche Fachregeln, DIN-Normen, Regeln der Technik, Fachbücher oder Herstellerinformationen.

**Im Hauptteil des Gutachtens folgen die Hauptaussagen. Generell bleibt dazu festzuhalten:**

Der Sachverständige hat, unter Beachtung der dem Gutachten vorangestellten Frage, möglichst detailliert zu beschreiben, was er beim Ortstermin gesehen hat (Ist-Zustand). Festgestellte Mängel müssen im Einzelnen dargelegt werden.

Der Darstellung des Ist-Zustandes folgen Darlegungen des Soll-Zustandes. Verglichen wird das Festgestellte mit dem, was nach dem Vertrag bzw. dem Leistungsverzeichnis vereinbart war. Ist die Beschaffenheit nicht vereinbart, gibt der Sachverständige ein fachliches Urteil ab, ob die Leistung frei von Sachmängeln ist. Dies ist gegeben, wenn sie sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte

oder ansonsten für die gewöhnliche Verwendung eignet und den anerkannten Regeln der Technik entspricht.

Wichtig ist, das Gutachten klar zu gliedern und jede Frage für sich abschließend zu behandeln. Eine solche Gliederung ist vor allem dann wichtig, wenn Beweisabschluss oder Fragestellung eines privaten Auftraggebers aus einer Vielzahl von Punkten bestehen. Alle Feststellungen müssen logisch aufgebaut sein, so dass sich eine Aussage aus der vorangegangenen ergibt. Jede Schlussfolgerung muss begründet sein.

Hat der Sachverständige den Auftrag, Rechnungen oder Preise zu prüfen, sollte er die einzelnen Rechnungsposten wie bei einem detaillierten Angebot angeben. Nur so ist es dem Adressaten des Gutachtens möglich, wirklich vergleichen zu können. Grundlage ist der „ortsübliche“ (Markt-)Preis, der im Zweifelsfall nur durch Recherchen in örtlichen Handwerkskreisen ermittelt werden kann.

Dass das Gutachten absolut neutral, unabhängig und objektiv zu erstatten ist, versteht sich von selbst. Auf Bekräftigungsformeln wie z. B. „Vorstehendes Gutachten habe ich nach bestem Wissen und Gewissen neutral und objektiv erstattet“, sollte verzichtet werden. Eine Ausnahme kann nur dann gemacht werden, wenn das Gericht im Einzelfall dies ausdrücklich anordnet.

Schließlich hat der Sachverständige das Gutachten mit seinem Sachverständigenstempel zu versehen und eigenhändig zu unterschreiben.





## Schiedsgutachter und Schiedsrichter

Eine besondere Herausforderung stellt der Einsatz als Schiedsgutachter, als Gutachter für ein Schiedsgericht oder als Schiedsrichter dar. Frage- und Aufgabenstellungen dieser drei Tätigkeiten unterscheiden sich jeweils stark voneinander. Gemeinsam ist in allen Fällen der Einsatz eines Sachverständigen aufgrund eines privaten Auftrages. Auftraggeber sind in der Regel sich streitende Vertragsparteien, deren Auseinandersetzung mit Hilfe des Sachverständigen beigelegt werden soll.

Der Sachverständige wird als Schiedsgutachter tätig, wenn er im Auftrag mindestens zweier sich streitender Vertragsparteien bestimmte Tatsachenfeststellungen oder fachliche Beurteilungen aufgrund seines Sachverständnisses treffen soll und die Parteien sich dem Votum des Sachverständigen von vornherein unterwerfen. Grundlage sollte sowohl eine Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien als auch zwischen diesen und dem Sachverständigen sein.

Der Schiedsgutachter hat sich lediglich auf die fachliche Beurteilung des ihm vorgegebenen Untersuchungsgegenstandes zu beschränken, aber keine Auskunft darüber zu geben, zu wessen Lasten seine Feststellungen gehen. Sollten nämlich die Parteien später wegen eines Streits über die Rechtsfolgen ein Gericht anrufen, wäre das Gericht an die Tatsachenfeststellung des Schiedsgutachters gebunden und könnte nicht erneut in eine Beweisaufnahme gehen.

Die Auftraggeber eines Schiedsgutachters haften dem Sachverständigen für seine Vergütung als Gesamtschuldner, d.h., der Sachverständige kann sich aussuchen, welchen der Auftraggeber er für die Bezahlung seiner gesamten Kosten in Anspruch nehmen will, sofern nichts anderes vereinbart ist. Die Auftraggeber vereinbaren intern den Kostenausgleich, z. B. entsprechend dem Grad ihrer Verantwortlichkeit. Die Vergütung ist wie bei einem Privatgutachten mit den Parteien frei zu vereinbaren.

Bittet ein Schiedsgericht einen Sachverständigen um ein Gutachten, so ist seine Stellung ähnlich dem des gerichtlichen Sachverständigen. Der Unterschied besteht darin, dass das Schiedsgericht den Auftrag zu einem Gutachten „im Auftrag der sich streitenden Parteien“ erteilt, woraus sich deren Gebührenhaftung ergibt. Das Schiedsgericht gibt wie bei einem normalen gerichtlichen Beweisbeschluss die Fragestellung vor. Der Gutachter hat mit seinem Gutachten die vom Schiedsgericht vorgegebene Beweisfrage zu beantworten.

Grundsätzlich anders ist die Aufgabe, wenn ein Sachverständiger als Beisitzer (evtl. auch als Vorsitzender) eines Schiedsgerichts berufen wird. Dann hat er wie ein Richter zu wirken. Das Schiedsgericht wird anstelle eines ordentlichen Gerichts auf der Grundlage einer Schiedsgerichtsvereinbarung tätig. Die das Schiedsgericht anrufenden Parteien haben auf die Anrufung des ordentlichen Gerichtes ausdrücklich verzichtet. In seiner Eigenschaft als Schiedsrichter hat der Sachverständige nicht nur den Sachverhalt aufzuklären und notfalls mit Hilfe eines weiteren Gutachters Beweise zu erheben, Feststellungen zu treffen sowie Ursachen zu erforschen, sondern er muss auch die rechtlichen Folgerungen daraus ziehen und zu einem Urteil in der Auseinandersetzung kommen. Die Vergütung für die Tätigkeit als Schiedsrichter regelt sich nach freier Vereinbarung.

# Die Sachverständigenvergütung

Für die gerichtliche Gutachtertätigkeit hat der Sachverständige Anspruch auf eine Vergütung für seinen Zeitaufwand (Honorar), einen Ersatz des Aufwandes durch Fahrten und Reisen oder durch Ortsabwesenheit sowie einen Ersatz für sonstige und besondere Aufwendungen. Bei Privatgutachten empfiehlt sich, vor Beginn der Gutachtertätigkeit eine Vergütung nach den Grundsätzen des Werkvertragsrechts zu vereinbaren.

## Vergütung bei Gerichtsgutachten

Bei Gerichtsgutachten bemessen sich Vergütung und Aufwandsentschädigung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Danach erhält der Sachverständige für jede Stunde der Ausarbeitung des Gutachtens 65 bis 125 Euro. Diese festen Stundensätze sind in dreizehn Honorargruppen eingeteilt und umfassen eine Liste von 40 Sachgebieten mit 14 Untergliederungen (Anlage 1 zu § 9). Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat 2005 eine ergänzende Zuordnungsliste erarbeitet, aus der ersichtlich ist, in welches Sachgebiet die Bestellungsgebiete der handwerklichen Sachverständigen einzuordnen sind. Diese Zuordnungsliste wurde mit der Novellierung des JVEG zum 1. August 2013 überarbeitet.

Eine Vergütung erhält der Sachverständige für die Zeit der Vorbereitung sowie für die Zeit der Ausarbeitung des Gutachtens, wobei die letzte bereits begonnene Stunde voll berechnet wird, wenn sie zu mehr als 30 Minuten für die Erbringung der Leistung erforderlich war; andernfalls beträgt das Honorar die Hälfte des sich für eine volle Stunde ergebenden Betrags. Gerechnet werden dafür die Zeiten für das Aktenstudium, für den Ortstermin sowie für An- und Abfahrten zum bzw. vom Ortstermin, die Zeiten für notwendige Literaturstudien und die Zeit für die eigentliche Ausarbeitung des Gutachtens.

Der Stundensatz wird einheitlich für die gesamte erforderliche Zeit bemessen. Werden Leistungen auf mehreren Sachgebieten erbracht, die unterschiedlichen Honorargruppen zugeordnet sind, bemisst sich das Honorar einheitlich für die gesamte erforderliche Zeit nach der höchsten dieser Gruppen.

**Neben der nach Stunden zu berechnenden Vergütung werden dem Sachverständigen folgende Aufwendungen ersetzt:**

- die für die Vorbereitung und die Erstattung des Gutachtens aufgewendeten Kosten einschließlich der notwendigen Aufwendungen für Hilfskräfte sowie die für eine Untersuchung verbrauchten Stoffe und Werkzeuge,
- für die Erstellung des schriftlichen Gutachtens 0,90 Euro je angefangene 1000 Anschläge,
- für die Anfertigung von Kopien und Ausdrucken bis zu einer Größe von DIN A3 0,50 Euro je Seite für die ersten 50 Seiten und 0,15 Euro für jede weitere Seite; in einer Größe von mehr als DIN A3 3 Euro und für Farbkopien und -ausdrucke bis zu einer Größe von DIN A3 1 Euro und ab der 51. Seite 0,30 Euro bzw. bei Farbkopien in einer Größe von mehr als DIN A3 6 Euro,
- die im Zusammenhang mit dem Gutachterauftrag entstandenen Fahrt- bzw. Reisekosten (bei Pkw-Benutzung derzeit 0,30 Euro pro angefangenem Kilometer und mit der Deutschen Bahn ein Sitzplatz in der 1. Klasse inklusive Sitzplatzreservierung),
- für die Anfertigung von im Gutachten erforderlichen Fotos 2 Euro, und wenn die Fotos nicht Teil des schriftlichen Gutachtens sind, 0,50 Euro für den zweiten und jeden weiteren Abzug oder Ausdruck eines Fotos,
- sonstige bare Auslagen (Telefon- und Portokosten), die mit der Erfüllung des Gutachtauftrages im Zusammenhang stehen, sowie
- die auf die Vergütung und den Aufwandsersatz möglicherweise entfallende Umsatzsteuer (derzeit 19 Prozent).

Da Sachverständige laut JVEG nur auf eigenes Verlangen vergütet werden, sollte jedem Gutachten prinzipiell sofort der Antrag auf Vergütung in doppelter Ausfertigung beigelegt werden. Reicht der Sachverständige seinen Vergütungsantrag beim Gericht nicht innerhalb von drei Monaten nach Übergabe des Gutachtens ein, erlischt der Anspruch. Das Gericht hat jedoch den Sachverständigen über den Beginn und die Dauer der Frist sowie über die Rechtsfolgen der Fristenüberschreitung zu belehren.

In der Regel wird die Vergütung vom Kostenbeamten des Gerichts festgesetzt. Ist ein Sachverständiger damit nicht einverstanden, kann er Festsetzung durch gerichtlichen Beschluss beantragen. Es entscheidet dann der Richter über die Vergütung, in dessen Verfahren der Sachverständige tätig gewesen ist. Gegen die richterliche Festsetzung wiederum ist die Beschwerde zulässig, allerdings nur dann, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes, also ein eventueller Kürzungsbetrag, 200 Euro übersteigt.

## Wegfall oder Beschränkung des Vergütungsanspruchs

Der „neue“ § 8a JVEG sieht vor, dass der Vergütungsanspruch des Sachverständigen bei schuldhafter Pflichtverletzung wegfallen oder gekürzt werden kann. Folgende Pflichtverstöße können zum Verlust der Vergütung führen:

- unterlassener Hinweis auf das Vorliegen eines Befangenheitsgrundes,
- unterlassene Prüfung der fachlichen Kompetenz,
- Übertragung des Auftrages und somit die Verletzung der Pflicht zur persönlichen Gutachtenerstattung,
- unterlassene Angaben zum Namen und zum Umfang der Tätigkeit einer Hilfskraft,
- fehlende Rückfrage bei Zweifeln am Inhalt und Umfang des Auftrages,
- Erbringung einer mangelhaften Leistung,
- Gründe geschaffen, die einen Beteiligten zur Ablehnung wegen der Besorgnis der Befangenheit berechtigen,

- Keine vollständige Leistungserbringung trotz Festsetzung eines weiteren Ordnungsgeldes.
- Soweit das Gericht die Leistung berücksichtigt, gilt sie als verwertbar und ist vergütungspflichtig.

### Folgende Pflichtverstöße können zur Beschränkung/ Verkürzung der Vergütung führen:

- erhebliches Missverhältnis der geltend gemachten Vergütung zum Wert des Streitgegenstands ohne einen Hinweis an das Gericht,
- Erhebliche Überschreitung des Auslagenvorschusses ohne Hinweis an das Gericht.

## Vergütung bei Privatgutachten

Die Vorschriften des JVEG sind lediglich für Sachverständigentätigkeiten bindend, die im Auftrag von Gerichten durchgeführt werden. Im Falle von Privatgutachten richtet sich die Höhe der Vergütung nach der Vereinbarung bzw. nach § 632 Abs. 2 BGB: „Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist bei dem Bestehen einer Taxe die taxmäßige Vergütung, in Ermangelung einer Taxe die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.“

Es bietet sich also an, jeweils vor Auftragserteilung bzw. Auftragsübernahme einen Stundensatz bzw. – wenn die Arbeit am Gutachten überschaubar ist – eine Pauschale (Festpreis) zu vereinbaren. Sollte keine Vereinbarung dieser Art getroffen sein, so ist die übliche Vergütung anzusetzen.

Dem privaten Auftraggeber sollte zudem so frühzeitig wie möglich gesagt werden, wie viel das Gutachten voraussichtlich kosten wird. Zu berücksichtigen ist dabei auch der Ersatz von Aufwendungen, Fahrtkosten und sonstigen baren Auslagen.

Zudem sollte auch bei Privatgutachten gelten, was bei Gerichtsgutachten üblich ist: Vor Beginn der Tätigkeit sollte der Sachverständige von einer Partei oder von beiden Parteien Kostenvorschüsse anfordern.

## Honorargruppen und Stundensätze

#	Sachgebiet lt. Anlage 1 zu § 9 Abs. 1 JVEG	Honorargruppe	Honorar
4	Bauwesen - soweit nicht Garten- und Landschaftsbau sowie Sportanlagenbau - einschließlich technische Gebäudeausrüstung <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Maurer und Betonbauer</li> <li>■ Ofen- und Luftheizungsbauer</li> <li>■ Dachdecker</li> <li>■ Maler und Lackierer</li> <li>■ Gerüstbauer</li> <li>■ Schornsteinfeger soweit nicht Brand-ursachenermittlung oder Immissionen</li> <li>■ Klempner</li> <li>■ Installateur und Heizungsbauer</li> <li>■ Elektrotechniker, soweit nicht Sachgebiet 10, 11 oder 38</li> <li>■ Glaser</li> <li>■ Fliesen-, Platten- und Mosaikleger</li> </ul>		
4.1	Planung	4	80 Euro
4.2	handwerklich-technische Ausführung	2	70 Euro
4.3	Schadensfeststellung, -ursachen-ermittlung und -bewertung – soweit nicht Sachgebiet 4.1 oder 4.2, Bauvertragswesen, Baubetrieb und Abrechnung von Bauleistungen	5	85 Euro
10	Datenverarbeitung, Elektronik und Telekommunikation <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Elektrotechniker, soweit nicht Sachgebiet 4 oder 11</li> <li>■ Informationstechniker, soweit nicht Sachgebiet 11 oder 28</li> </ul>		
10.1	Datenverarbeitung (Hard- und Software)	8	100 Euro
10.2	Elektronik -soweit nicht Sachgebiet 38	9	105 Euro
10.3	Telekommunikation (z. B. Telefon-anlagen, Mobilfunk, Übertragungstechnik)	8	100 Euro
11	Elektrotechnische Anlagen / Geräte, soweit nicht Sachgebiet 4 oder 10 <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Feinwerkmechaniker, soweit nicht Sachgebiet auch 23</li> <li>■ Informationstechniker, soweit nicht auch Sachgebiet 28</li> <li>■ Elektrotechniker, soweit nicht auch Sachgebiet 38</li> <li>■ Elektromaschinenbauer</li> </ul>	4	80 Euro
14	Gesundheitshandwerk <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Augenoptiker und Zahntechniker</li> <li>■ Hörgeräteakustiker</li> <li>■ Orthopädietechniker und -schuhmacher</li> </ul>	2	70 Euro

#	Sachgebiet lt. Anlage 1 zu § 9 Abs. 1 JVEG	Honorargruppe	Honorar
19	Kältetechnik, soweit nicht Sachgebiet 4 Sachgebiete gemäß der Zuordnungsliste: <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Kälteanlagenbauer</li> <li>■ Installateur und Heizungsbauer</li> </ul>	5	85 Euro
20	Kraftfahrzeugschäden und -bewertung <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Karosserie- und Fahrzeugbauer, soweit nicht Sachgebiet 12 (Fahrzeugbau)</li> <li>■ Zweiradmechaniker (Motorräder)</li> <li>■ Kraftfahrzeugtechniker</li> <li>■ Landmaschinenmechaniker, soweit nicht Sachgebiet 12 (Fahrzeugbau) oder 23</li> <li>■ Mechaniker für Reifen- und Vulkanisationstechnik</li> </ul>	8	100 Euro
23	Maschinen und Anlagen, soweit nicht Sachgebiet 4, 10 oder 11 <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Metallbauer, soweit nicht auch Sachgebiet 12 (Fahrzeugbau) oder 32 (Schweißtechnik)</li> </ul>	6	90 Euro
26	Möbel, soweit nicht Sachgebiet 21 (Kunst und Antiquitäten) <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Tischler, soweit nicht auch Sachgebiet 2 (Akustik und Lärmschutz), 4 oder 16 (Haurat und Inneneinrichtung)</li> </ul>	2	70 Euro
27	Musikinstrumente <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Geigenbauer</li> <li>■ Handzuginstrumentenmacher</li> <li>■ Metallblasinstrumentenmacher</li> <li>■ Holzblasinstrumentenmacher</li> </ul>	2	70 Euro
28	Rundfunk- und Fernsehtechnik Informationstechniker, soweit nicht Sachgebiet 10 oder 11	2	70 Euro
38	Verkehrsregelungs- und -überwachungstechnik	5	85 Euro

## Haftung des Sachverständigen

Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige untersteht zwar der Aufsicht jener Handwerkskammer, die ihn bestellt hat, steht mit ihr jedoch in keinem Dienstverhältnis. Daher begründen Handlungen des Sachverständigen, die ihn eventuell zum Schadenersatz verpflichten, keine Haftung der Handwerkskammer. Ein Sachverständiger ist also im Fall des Falles schadenersatzpflichtig.

Fälle, in denen ein handwerklicher Sachverständiger für Schäden aufgrund eines von ihm erstatteten Gutachtens haftbar gemacht wurde, sind außerordentlich selten. Sie sind insbesondere dann nicht zu erwarten, wenn sich der Sachverständige strikt an die Beantwortung der Beweisfragen hält und auf pauschale Gesamturteile verzichtet. Darüber hinaus ist bei der Haftung zu unterscheiden, ob der Sachverständige für ein Gericht oder in privatem Auftrag tätig war.

### Haftung des Gerichtsgutachters

Mit einem vom Gericht erteilten Gutachtauftrag entsteht kein privatrechtliches Schuldverhältnis, sondern ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis. Eine Prozesspartei, die durch ein falsches Gutachten benachtei-

ligt wird, kann daher gegen den Sachverständigen keinen Schadenersatzanspruch aus dem Vertrag geltend machen.

In diesem Falle gibt es nur Ansprüche aus dem § 839a BGB. Danach ist es Verfahrensbeteiligten möglich, Sachverständige, die durch ein mangelhaftes Gutachten ein fehlerhaftes Urteil verursacht haben, bei Nachweis von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit auf Schadenersatz in Anspruch zu nehmen. Ein Sachverständiger sollte somit nicht nur über eine Haftpflichtversicherung verfügen, sondern vor Beginn der Arbeit an einem Gerichtsgutachten genau prüfen, ob die Sachkunde für eine sichere Beantwortung der Fachfragen gegeben ist.



## Haftung des Privatgutachters

Zwischen dem privaten Auftraggeber eines Gutachtens und dem Sachverständigen ergeben sich rein zivilrechtliche Rechtsbeziehungen. Die Anfertigung des Gutachtens ist ein Werkvertrag. Damit ist der Sachverständige verpflichtet, das Gutachten frei von Sachmängeln herzustellen. Nach § 633 BGB ist dies gegeben, wenn das Werk die vereinbarte Beschaffenheit hat oder – sofern die Beschaffenheit nicht vereinbart ist – wenn es sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte, sonst für die gewöhnliche Verwendung eignet und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Werken der gleichen Art üblich ist und die der Besteller nach Art des Werks erwarten kann. Entspricht das Gutachten diesen Erfordernissen nicht, hat der Sachverständige die Wahl, das Gutachten zu ergänzen (nachzubessern) oder neu herzustellen (§ 635 Abs. 1 BGB).

Weil also für Privatgutachten Werkvertragsrecht gilt, spielt das Problem der Haftung eine größere Rolle als für Gerichtsgutachter. Schließlich kann der Privatgutachter auch für leichtes fahrlässiges Verhalten in Anspruch genommen werden. Zu beachten ist aber, dass die vertraglichen Pflichten durch den Auftrag bestimmt werden. Wichtig ist deshalb – auch zur Begrenzung einer

möglichen Haftpflicht –, dass der Gutachtenauftrag eindeutig formuliert ist. Zudem muss klar sein, welchen Zweck der Auftrag erfüllen soll, da an diesen Punkten die Fehlerfreiheit des Gutachtens besonders gemessen wird.

Für den Privatgutachter ist es kaum möglich, durch Allgemeine Geschäftsbedingungen im Vertragsmuster die Haftung zu begrenzen. Ein Haftungsausschluss kann sich lediglich auf den Fall von leicht fahrlässiger Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht und den darauf zurückzuführenden Schaden beziehen. (In Ziffer 13 des als Anlage 2 im Anhang dieser Broschüre abgedruckten Vertragsmusters für Privatgutachten ist eine solche Klausel mit einer Begrenzung der Haftungshöhe formuliert.)

Will der Sachverständige eine weitere Haftungsausschluss- oder Haftungsbeschränkungsklausel formulieren, kann er diese nur dann abweichend von den strengen Vorgaben der §§ 307, 308 und 309 BGB wirksam werden lassen, wenn er diese Bestimmung nicht im Rahmen von AGB, sondern als Individualvereinbarung festschreibt. Jeder Sachverständige ist gut beraten, das Haftungsrisiko für seine Privatgutachtertätigkeit in seiner Haftpflichtversicherung angemessen zu verankern.



# Anlagen

## Checkliste „29 Schritte zum optimalen Gerichtsgutachten“

Aufgabe	erledigt
1. Beweisbeschluss in der Gerichtsakte studieren, um Art und Umfang des Gutachterauftrages festzustellen. Sofern fachlich dafür nicht zuständig/kompetent, Akte unter Angabe des Ablehnungsgrundes unverzüglich (möglichst innerhalb von 3 Tagen) an das Gericht per Einschreiben zurückgeben.	
2. Falls der Beweisbeschluss unklar formuliert ist, das Gericht bzw. den Richter schriftlich, telefonisch oder mündlich um Klarstellung bitten.	
3. Prüfen, ob Auftrag aus Befangenheitsgründen abgelehnt werden muss oder sollte – wenn ja, Gericht unverzüglich verständigen.	
4. Das Gericht unterrichten, wenn stichhaltige Gründe gegen die alsbaldige Ausführung des Auftrages sprechen. Der Grundsatz gilt gleichwohl: Gutachtenerstattung ist Pflicht!	
5. Gerichtsakte auf wesentliche Inhalte abklopfen, um ein Bild von bisherigem Prozessverlauf und den zugrunde liegenden Vorgängen zu erhalten.	
6. Gegebenenfalls über das Gericht notwendige zusätzliche Informationen von den Parteien anfordern.	
7. Falls eine Objektbesichtigung (Ortstermin) erforderlich ist, in der Regel beide streitenden Parteien einladen. Sind Anwälte (Prozessbevollmächtigte) im Verfahren tätig, diese zumindest grundsätzlich informieren.	
8. Für Einladungsfrist zur Objektbesichtigung (Ortstermin) möglichst nicht unter 10 bis 14 Tagen bleiben (einfacher Brief oder Einschreiben). Ausnahme: Selbständiges Beweisverfahren, da hier meist Eile geboten ist. Deshalb: Parteien notfalls auch kurzfristig zum Ortstermin laden.	
9. Beim Ortstermin nur Fragen stellen und sich sachlich informieren lassen, aber keine wertenden Aussagen über Erkenntnisse abgeben oder sich gar zur "Schuldfrage" äußern.	
10. Wird der Zugang zum zu begutachtenden Objekt verweigert bzw. wird die Besichtigung gestört, zunächst Partei(en) auf Rechtsfolgen aufmerksam machen. Notfalls den Ortstermin abbrechen und das Gericht informieren.	
11. Vor, bei und nach dem Ortstermin wie generell bei Gutachtertätigkeiten neutral verhalten. Keine Gespräche mit nur einer Partei führen; es sei denn, trotz Einladung beider Parteien ist nur eine Seite erschienen. Dies dann entsprechend im Gutachten vermerken.	
12. Gemäß den Feststellungen beim Ortstermin ein schriftliches Gutachten erarbeiten. Eindeutige und klare Formulierungen wählen, Fremdworte wie auch fachtypischen Sprachgebrauch vermeiden, notfalls erläutern. Gutachten stets so abfassen, dass sie auch für handwerkliche Laien verständlich und gedanklich nachvollziehbar sind.	
13. Falls Prozessparteien beim Ortstermin zum Vergleich bereit sind, dies mit Fingerspitzengefühl fördern und dem Gericht mitteilen. Festgestellte Mängel dennoch schriftlich festhalten.	



Aufgabe	erledigt
14. Für das Gutachten neutrales, weißes Papier, keinen Firmenbriefbogen, verwenden.	
15. Gutachten in geforderter Zahl an Exemplaren beim Gericht einreichen.	
16. Im "Kopf" des Gutachtens sollten angegeben werden "von der Handwerkskammer (Name) öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für das (Angabe des Sachgebietes gem. Bestellsurkunde).	
17. Im Vorspann des Gutachtens Namen der streitenden Parteien, Gericht und Geschäftsnummer des Verfahrens angeben.	
18. Bei einem Ortstermin im Gutachten angeben, wer geladen wurde, wie lange die Ladungsfrist war, wer teilgenommen hat, wann der Ortstermin stattfand, wie lange dieser dauerte und gegebenenfalls, wer den Ortstermin vorzeitig verließ.	
19. Darlegen, welche Vorarbeiten außer der Objektbesichtigung (Ortstermin) für das Gutachten erforderlich waren, welche Unterlagen (z. B. handwerkliche Fachregeln, DIN-Normen, sonstige technische Vorschriften, Produktinformationen und Einbauanleitungen von Herstellern) benutzt wurden.	
20. Im Gutachten ggf. auch mitteilen, ob Hilfskräfte für den Sachverständigen im Einsatz waren bzw. ob labortechnische Untersuchungsergebnisse zugrunde gelegt wurden.	
21. Bei Gutachterauftrag mit mehreren Punkten: Diese Gliederung auch dem Gutachten zugrunde legen und jede einzelne Beweisfrage für sich abgeschlossen behandeln.	
22. Feststellungen aus der Gutachtertätigkeit, d. h. im Allgemeinen die festgestellten Mängel ("Ist-Zustand"), einzeln auflisten und beschreiben	
23. Überlegungen/Einschätzungen bei der Wertung ("Soll-Zustand") der festgestellten Mängel so darlegen, dass sie für Außenstehende nachvollziehbar sind.	
24. Falls Korrekturen bei Nachprüfung von Rechnungen und Preisen notwendig sind, die einzeln berichtigten Rechnungsposten (wie bei einem detaillierten Angebot) angeben.	
25. Im Gutachten keine Fragen behandeln, die im Beweisbeschluss nicht ausdrücklich gestellt sind.	
26. Nur handwerkliche Nachfragen, aber keine Rechtsfragen behandeln.	
27. Am Schluss des Gutachtens das Ergebnis in einem gesonderten Absatz kurz zusammenfassen.	
28. Oberster Grundsatz bei jeder Gutachtenerstellung: Unbedingte und absolute Objektivität und Neutralität! – Auf den Eid als Sachverständiger nur Bezug nehmen, wenn dies vom Gericht ausdrücklich gefordert wird. Unterschrift und Sachverständigenstempel nicht vergessen!	
29. Gutachten mit Berichtsakte an das Gericht grundsätzlich per Einschreiben zurücksenden. Die nach einzelnen Kostenbeständen des JVEG aufgegliederte Kostenrechnung in zweifacher Ausfertigung beifügen (Vergütungsantrag).	

## Muster: Vertrag für die Erstattung eines Privatgutachtens

1. Dem von der Handwerkskammer ..... öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen ..... (Auftragnehmer) wird hiermit der Auftrag zur Erstattung nachstehender Sachverständigenleistungen erteilt.
2. Auftraggeber ist (Name, Vorname, ggf. Firma u. Rechtsform, Anschrift, Telefon): .....
3. Der Sachverständige soll zu folgenden Fragen gutachtlich Stellung nehmen: .....
4. Der Auftraggeber ermächtigt den Sachverständigen, Verbindung mit der Gegenseite aufzunehmen und diese insbesondere zum Ortstermin zu laden. [Weitere Informationen befinden sich auf Seite 16]
5. Dem Sachverständigen werden vom Auftraggeber folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt (z. B. Rechnungen, Zeichnungen, Fotos, Urkunden, Schriftverkehr, Proben): .....
6. Das Gutachten wird für folgenden Zweck erstattet (z. B. Vorlage bei Versicherung, bei Gericht, bei Beleihungsinstitut, zur Geltendmachung von Ansprüchen bei Erbauseinandersetzung, gegenüber Mieter, Verkäufer oder Handwerker): .....
7. Das Gutachten soll zur Erreichung dieses Zweckes folgenden Personen/Stellen vorgelegt werden: .....
8. Das Gutachten des Sachverständigen ist bis zum ..... /innerhalb von ..... Tagen, Wochen, Monaten zu erbringen und ist dem Auftraggeber auf dem Postweg zuzustellen. Der Auftraggeber erhält unterschriebene Ausfertigung(en) des Gutachtens.
9. Als Vergütung für die Leistung des Sachverständigen wird ein Stundensatz von Euro ..... /Std. berechnet. Nach vorläufiger Abschätzung werden für das Gutachten mindestens ..... Std. benötigt.
10. Bedarf es nach der Erfahrung des Sachverständigen der Zuziehung einer Hilfskraft, so beträgt deren Stundensatz ..... Euro.
11. Es wird ein Vorschuss von ..... Euro vereinbart. Die restliche Vergütung wird mit Abnahme des Gutachtens, spätestens zwei Wochen nach Zugang des Gutachtens beim Auftraggeber fällig.
12. Nebenkosten und Auslagen sind gegen Nachweis zu erstatten. Dabei gelten folgende Sätze:  
Pro gefahrene Km mit Pkw ..... Euro  
Fotos werden mit ..... Euro pro Original und mit ..... Euro pro Abzug berechnet.  
Telefon-, Fotokopie- und Portokosten sowie Parkgebühren werden gegen Nachweis gesondert berechnet.  
Zu allen Kosten kommt die gesetzliche Mehrwertsteuer in der jeweils geltenden Höhe hinzu.
13. Muss der Sachverständige nach den gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe des vorliegenden Vertrages für einen Schaden aufkommen, der leicht fahrlässig verursacht wurde, so ist die Haftung, soweit nicht Leben, Körper und Gesundheit verletzt werden, beschränkt. Die Haftung besteht in diesen Fällen nur bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten und ist auf den bei Vertragsabschluss vorhersehbaren typischen Schaden begrenzt. Unabhängig von einem Verschulden des Sachverständigen bleibt eine etwaige Haftung des Sachverständigen bei arglistigem Verschweigen des Mangels aus der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffenheitsrisikos und nach dem Produkthaftungsgesetz unberührt.

.....  
Ort, Datum, Unterschrift Auftraggeber

## Muster: Schiedsgutachten-Vereinbarung

Zwischen den folgenden Parteien,

.....  
.....  
(Name und Anschrift des Kunden/Auftraggebers)

und  
.....  
.....

(Name und Anschrift des Handwerksbetriebes/Auftragnehmers)

sollen die unten Ziffer 2. dargestellten Fachfragen verbindlich geklärt werden. Hierzu schließen die Parteien folgende Schiedsgutachten-Vereinbarung:

Die Parteien sind sich einig, dass neben dieser Schiedsgutachtenvereinbarung ein gesonderter Schiedsgutachtervertrag mit einem von den Parteien zu beauftragenden Sachverständigen zu schließen ist.

1. Darstellung des zugrunde liegenden Vertragsverhältnisses (Grundvertrag):

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

2. Festlegung der schiedsgutachterlich zu behandelnden Fragestellungen

Durch das Schiedsgutachten sollen die folgenden Fachfragen verbindlich geklärt werden:

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

.....  
Ort, Datum, Unterschrift Kunde/Auftraggeber

.....  
Ort, Datum, Unterschrift Handwerksbetrieb/Auftragnehmer

## Muster: Schiedsgutachter-Vertrag

Zwischen dem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für das

.....-handwerk

(Name und Anschrift des Sachverständigen - Schiedsgutachter -)

und

(Name und Anschrift des des Handwerkers)

(Name und Anschrift des Kunden - Auftraggeber -)

wird der folgende Schiedsgutachter-Vertrag geschlossen:

1. Die Auftraggebern beauftragen den Schiedsgutachter, über folgende Fragen schiedsgutachterliche Feststellungen zu treffen:

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

2. Der Schiedsgutachter trifft seine Feststellungen nach billigem Ermessen unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik. Die Auftraggeber erkennen seine Feststellungen als für sich verbindlich an.
3. Die Auftraggeber verpflichten sich, den Schiedsgutachter zu unterstützen und bei der Durchführung des Gutachtenauftrages mitzuwirken, soweit dies notwendig ist. Insbesondere ermöglichen sie ihm den Zugang zum Objekt des Schiedsgutachtens und stellen im unentgeltlich und rechtzeitig die erforderlichen Auskünfte und Unterlagen zur Verfügung.
4. Der Schiedsgutachter erhält für seine Tätigkeit eine Vergütung, die sich nach folgenden Maßstäben berechnet:

- a) Stundenverrechnungssatz (einschließlich Zeitaufwand für notwendige Fahrten, Akten- bzw. Unterlagenstudium und Ausarbeitung des Schiedsgutachtens: ..... Euro zzgl. MwSt.
- b) Ersatz der Kosten für eine Hilfskraft entsprechend den nachgewiesenen Auslagen: ..... Euro zzgl. MwSt.
- c) Kostenersatz pro Fahrtkilometer mit dem Kfz: ..... Euro
- Fotos pro Abzug: ..... Euro
- Kopien pro Stück: ..... Euro

Der Schiedsgutachter beziffert die voraussichtlich benötigte Zeit für die Erstellung des Schiedsgutachtens auf ca. .... Stunden.

Der Schiedsgutachter beziffert die Gesamtvergütung auf voraussichtlich ..... Euro

5. Die zu Ziffer 4 gemachten Angaben stellen nur eine voraussichtliche und berschlägige Schätzung des Zeitaufwandes und der Kosten des Schiedsgutachtens dar.

Von den Auftraggebern ist hierauf ein Kostenvorschuss in Höhe von jeweils ..... Euro zu entrichten.

Die Auftraggeber zahlen den Kostenvorschuss innerhalb einer Woche nach Unterzeichnung dieses Vertrages auf das nachstehend genannte Konto ein:

Konto-Nr. bzw. IBAN: .....  
 BLZ bzw. BIC: .....  
 Kreditinstitut: .....

6. Die Auftraggeber haften dem Schiedsgutachter für seine Vergütung als Gesamtschuldner. Gemäß der Schiedsgutachtenvereinbarung der Auftraggeber vom ..... tragen die Auftraggeber die Kosten des Schiedsgutachtens im Innenverhältnis wie folgt (bitte ankreuzen):

- Die Auftraggeber tragen die Kosten jeweils zur Hälfte
- Über die Verteilung der Kosten entscheidet der Schiedsgutachter nach dem Ergebnis des Schiedsgutachtens

7. Der Schiedsgutachter haftet für Schäden, die er oder seine Hilfskraft durch ein mangelhaftes Schiedsgutachten vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.

8. Das Schiedsgutachten wird bis zum ..... erstattet. Beide Auftraggeber erhalten je eine unterschriebene Ausfertigung des Schiedsgutachtens.

.....  
 Ort, Datum, Unterschrift Sachverständiger/Schiedsgutachter

.....  
 Ort, Datum, Unterschrift Handwerksbetrieb/Auftragnehmer

.....  
 Ort, Datum, Unterschrift Kunde/Auftraggeber



## Ansprechpartner

### **Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade**

Frank Twele  
Burgplatz 2 + 2 a  
38100 Braunschweig  
twele@hwk-bls.de

### **Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade**

Sören Janke  
Friedenstraße 6  
21335 Lüneburg  
janke@hwk-bls.de

### **Handwerkskammer Bremen**

Christian Flathmann  
Ansgaritorstraße 24  
28195 Bremen  
flathmann.christian@hwk-bremen.de

### **Handwerkskammer Oldenburg**

Ulrich Maaß  
Theaterwall 30 - 32  
26122 Oldenburg  
maass@hwk-oldenburg.de

### **Handwerkskammer Flensburg**

Ingrid Jürgensen  
Johanniskirchhof 1  
24937 Flensburg  
i.juergensen@hwk-flensburg.de

### **Handwerkskammer**

#### **Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim**

Ortrud Lehmann  
Bramscher Straße 134 - 136  
49088 Osnabrück  
olehmann@hwk-os-el.de

### **Handwerkskammer Hannover**

Dr. Carl-Michael Vogt  
Berliner Allee 17  
30175 Hannover  
vogt@hwk-hannover.de

### **Handwerkskammer für Ostfriesland**

Jörg Frerichs  
Straße des Handwerks 2  
26603 Aurich  
j.frerichs@hwk-aurich.de

### **Handwerkskammer**

#### **Hildesheim-Südniedersachsen**

Sieglinde Erhardt  
Braunschweiger Straße 53  
31134 Hildesheim  
sieglinde.erhardt@hwk-hildesheim.de

### **Handwerkskammer Schwerin**

Stefan Rötz  
Friedensstraße 4 a  
19053 Schwerin  
s.roetz@hwk-schwerin.de

### **Handwerkskammer Lübeck**

Ines von Jagow,  
Breite Straße 10 - 12  
23552 Lübeck  
ivjagow@hwk-luebeck.de

Wir freuen uns auf Ihre Fragen

Handwerkskammer  
Braunschweig-Lüneburg-Stade

Frank Twele  
Burgplatz 2 + 2 a  
38100 Braunschweig  
Telefon 0531 1201-200  
Fax 0531 1201-202  
twele@hwk-bls.de

Sören Janke  
Friedenstraße 6  
21335 Lüneburg  
Telefon 04131 712-136  
Fax 04131 712-213  
janke@hwk-bls.de

[www.hwk-bls.de](http://www.hwk-bls.de)

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des  
Westdeutschen Handwerkstages (WHKT)  
Sternwartstr. 27 - 29 • 40223 Düsseldorf  
[www.handwerk-nrw.de](http://www.handwerk-nrw.de)

und der

Landes-Gewerbeförderungsstelle des  
nordrhein-westfälischen Handwerks e. V. (LGH)  
Auf'm Tetelberg 7 • 40221 Düsseldorf  
[www.lgh.de](http://www.lgh.de)

Stand: Februar 2014